

Europa und die Türkei – Mehr als eine Vernunftfehe?

ULRIKE GUÉROT*

Am 17. Dezember wird der Europäische Rat voraussichtlich grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU geben, und kaum etwas dürfte die EU so sehr verändern wie die Perspektive einer türkischen Mitgliedschaft. Bereits kurz nach dem Europäischen Gipfel in Helsinki im Dezember 1999, auf dem der Türkei der Kandidatenstatus zugesprochen wurde, schrieb der Europawissenschaftler *Werner Weidenfeld*: „Der Beginn einer neuen Epoche ist nicht immer mit einer spektakulären Zäsur verbunden. Gegenwärtig vollzieht sich ein weitgehend geräuschloser Abschied vom alten Europa“.¹ Es war ein weiser Satz, denn in der Tat hat die Tatsache des Kandidatenstatus für die Türkei damals keine großen Wellen geschlagen. Man war noch ganz in dem Duktus behaftet, mit dem man 40 Jahre die Türkei bedacht hatte: Versprechungen, die keiner ernst nahm, da man sich daran gewöhnt hatte, dass man sie nicht ernst nehmen muss. Die Türkei würde nie die Kriterien erfüllen, und auf der Basis dieser Annahme ließ sich so einiges versprechen.

Dann aber kam *Erdogan*, und die Türkei nahm mit Siebenmeilenstiefeln ein umfangreiches Reformprogramm in Angriff: Abschaffung der Todesstrafe; zivile, statt militärische Sicherheitsberater, Strafrechtsreform,

Senkung der Inflationsrate von über 30 auf unter 10 Prozent.² Rechtlich wie wirtschaftlich durchschritt die Türkei in den letzten drei Jahren einen Reformprozess in einer Geschwindigkeit, bei der so manchem europäischen Land die Puste ausgegangen wäre. In Europa bemerkte man dies erst gar nicht, dann mit zunehmender Perplexität, die später in Aufgeregtheit umschlug, denn der türkische Ruf nach Europa wurde lauter und souveräner. Auf dem Erweiterungsgipfel der EU im Dezember 2002 in Kopenhagen, der die Aufnahme der zehn ost- und mitteleuropäischen Staaten beschlossen hat, konnte ein fester Termin für die Türkei gerade noch abgewendet werden. Aber jetzt ist die Stunde der Wahrheit gekommen: Die Türken kommen und Europa ist in Unruhe. Genauer: nicht ganz Europa, sondern im Wesentlichen Frankreich, Deutschland und Österreich. Dabei müssten doch auch das erzkatholische Polen und das immer noch sehr katholische Italien Vorbehalte haben? Interessanterweise aber verläuft dort die Debatte entweder ruhig oder findet gar nicht statt. Die Polen wünschen sich so sehr die Ukraine in der Zukunft als Mitglied und wissen, dass die Türkei dafür zuerst kommen muss; und in Italien gibt es offensichtlich eine südeuropäische Affinität. Doch es reicht, dass es in Deutschland und

* *Dr. Ulrike Guérot* ist Senior Transatlantic Fellow des German Marshall Fund of the United States, Berlin.

Frankreich, den beiden Kern- oder 'Motor'-Staaten Europas, komplizierte Debatten gibt, und wenn schon auch keine klaren Mehrheiten gegen eine türkische Mitgliedschaft, so auch keine klaren Mehrheiten dafür. Die Mehrheit der Bürger weiß einfach nicht, was sie zur Türkei sagen soll.³

Die vielen Facetten der Türkei-Kritik

Kaum eine Entscheidung wird mit soviel politischer Hitze geführt wie jene einer türkischen Mitgliedschaft in der EU, und das ist richtig so, denn es geht um viel. Die türkische Mitgliedschaft wäre eine Wasserscheide für Europa; symbolisch ausgedrückt geht es um die Transition von einer eher nach innen gerichteten politischen Union zu einem Europa als globalem Akteur. Kaum ein bedeutender Politiker in Deutschland und Frankreich hat sich daher noch nicht zu dem Thema geäußert, viele Prominente sind dagegen. Ihre Liste reicht von Valéry Giscard d'Estaing über Helmut Schmidt bis hin zu Edmund Stoiber. Die klaren 'pro'-Stimmen hingegen sind eher selten. Zwar hat sich Bundeskanzler Gerhard Schröder zusammen mit EU-Erweiterungskommissar Günther Verheugen deutlich für die Türkei ausgesprochen⁴, und die SPD hat einen klaren Parteibeschluss. Aber Enthusiasmus ist auch hier nicht richtig zu verspüren. Und auch Jacques Chiracs 'ja' fehlt der Brustton der Überzeugung. Die CDU unter der Meinungsführerschaft von Angela Merkel hingegen hat das Konzept einer „privilegierten Partnerschaft“ entwickelt und noch jüngst versucht, ihre Kollegen von der EVP-Fraktion davon zu überzeugen.⁵

Die Kritik ist facettenreich. Historiker zum Beispiel bemühen die Geschichte des Osmanischen Reiches, um nachzuweisen, dass die Türkei sich nie als Teil, sondern immer in Abgrenzung zu Europa definiert hat. Dagegen wirkt Chiracs Spruch „Nous sommes tous des Byzantins“ geradezu erfrischend.

Von einer Metaebene betrachtet, verläuft die Grenze zwischen 'pro' und 'contra' zwischen jenen, die eher auf die Innenpolitik schauen und für die Fragen wie Immigration, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes oder auch Budgetfragen wichtig sind ('Nein'-Lager), und jenen, die außenpolitisch motiviert sind und die auf die zukünftige internationale Rolle der EU schauen ('Ja'-Lager). Vor allem aber kommt die Kritik von zwei Seiten und macht sie darum noch komplizierter. Klassische EU-Zauderer, die die europäische Integration schon immer mit Misstrauen beäugelt haben und die von jeher kräftig mit „Rückrudern“ beschäftigt sind – der bayrische Ministerpräsident etwa gehört in diese Kategorie – finden nun eine Reihe von Elementen, warum mehr EU-Integration mit der Türkei erst recht nicht geht. In gewisser Weise ehrlicher ist die Kritik, die von ausgemachten Integrationsbefürwortern kommt, zum Beispiel vom Europaabgeordneten Elmar Brok oder Europa-spezialistin Sylvie Goulard in Frankreich. Ihr Buch „Le Grand Turc et la République de Venise“⁶ ist ein engagiertes Plädoyer nicht nur dafür, die EU an der Überforderung durch die Türkei nicht zerbrechen zu lassen, sondern auch, der EU nicht ihre Würde und Stärke zu nehmen: „Nous faisons de l'élargissement à la chaîne comme certains fabriquent des T-shirt 'taille unique'. Une Europe molle, habillée en XXL, n'aurait aucune grâce. L'Union Européenne devient de plus en plus lâche, à tous les sens du terme.“⁷ Das ist richtig, und greift doch zu kurz.

Ein schwieriger Fall

Niemand wird bestreiten, dass die Türkei in jeder Hinsicht ein schwieriger Fall ist. Insofern sind alle Gegenargumente legitim: Die Türkei ist zu groß (85 Millionen Einwohner im Jahr 2020)⁸ und würde das institutionelle Gefüge der EU aus den Angeln heben; die Türkei ist zu arm und zu rural und würde das EU-Budget überfordern⁹; die Türkei ist mus-

limisch und würde an den identitätsstiftenden, judeo-christlichen Grundfesten der Gemeinschaft rütteln und im Übrigen große Immigrationsprobleme aufwerfen; und schließlich grenzt die Türkei an gefährliche Staaten wie etwa Syrien, den Iran und den Irak, und würde damit ein Sicherheitsrisiko darstellen. Richtig ist auch, dass das Land noch immer geteilt ist, in einen ziemlich 'verwestlichen' Westen und einen noch rückständigen Osten. Zwar ist Folter offiziell abgeschafft, aber sie kommt noch vor. Die Frage der Gleichstellung von Mann und Frau ist immer noch problematisch;¹⁰ zum Beispiel sind 300 000 türkische Mädchen dieses Jahr nicht eingeschult worden, weil ihre Eltern dies nicht für notwendig erachten. Würde man die politischen Kriterien von Kopenhagen auf einer Skala von 0 bis 100 messen wollen, dann hat die Türkei wahrscheinlich 90 Prozent erreicht, aber es ist eben leicht, auf die 10 Prozent zu zeigen, die noch fehlen (und die noch erreicht werden müssen!). Man könnte auch noch fortfahren: die Kurdenfrage, die Zypernfrage, – das alles stellt immer noch Hindernisse dar.

Die historische Dimension nicht vergessen

Entscheidend aber ist die Zeitschiene. Denn es geht nicht um die Türkei jetzt in der EU, sondern es geht um die Türkei in circa zehn Jahren, um 2015. Und entscheidend ist daher, dass nicht die Türkei von heute in die EU kommt, sondern eine andere, und im Übrigen auch nicht in die EU von heute, sondern in eine andere. Die Türkei in Europa, die Frage gehört daher weniger in den Bereich der Überzeugungsethik, als in den der Verantwortungsethik. Es geht nicht um apodiktische oder endgültige Positionen, sondern es geht um gemeinsame Zukunftsplanung zwischen Europäern und Türken, die verantwortlich und möglichst unemotional gehandhabt werden muss. Denn Fakt ist auch,

dass die Türkei nicht von der Landkarte verschwindet, wenn sie nicht in die EU kommt, und wir viele der Probleme, die der Beitritt bringt, trotzdem hätten. Auch die schärfsten Gegner eines Türkei-Beitritts sind der Überzeugung, dass Europa sehr enge Beziehungen zur Türkei braucht, und vor diesem Hintergrund mutet der Streit zwischen „priviligierter Partnerschaft“ und Beitritt fast semantisch an.

Eine Mammutaufgabe

Ja, die Türkei ist eine Mammutaufgabe, aber eine, der sich Europa nicht entziehen darf. Darum müssen Verhandlungen aufgenommen werden, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Glaubwürdigkeit der Union steht auf dem Spiel. Von Brasilien über Südafrika bis nach Japan, aber vor allem in muslimischen Ländern schaut die Welt auf Europa und darauf, ob Europa rechtliche Zusagen (nicht nur Versprechungen!) einhalten kann. Es geht darum, ob die EU ihr Ideal einer postnationalen 'entité politique', die kollektive 'governance' auf säkularer, rechtsstaatlicher Grundlage organisieren möchte, verwirklichen kann. Die EU ist eine Rechts-, keine Glaubensgemeinschaft. Ihre Offenheit steht auf dem Spiel!

- Die Türkei könnte sich als positiver Katalysator für die europäische Volkswirtschaft erweisen. Mit 26 Prozent Pro-Kopf-Einkommen vom EU-Durchschnitt liegt die Türkei auf einer Ebene mit Rumänien und Bulgarien, die eine klare Beitrittsperspektive haben. Die durchschnittliche Produktivität ist aber sogar höher als zum Beispiel in Polen und in der Tschechischen Republik. Die Türkei kann mit Wachstumsraten zwischen 6 und 8 Prozent über die nächsten Jahre rechnen.¹¹ Vielleicht wird die EU einmal froh sein, wenn ein wirtschaftlich so dynamisches Land der EU beitritt. Lange Übergangsfristen können helfen, große Verwerfungen auf dem eu-

ropäischen Arbeitsmarkt zu verhindern. Andererseits kann die Bevölkerungsdynamik der Türkei vielleicht einen Beitrag dazu leisten, das Problem der Überalterung der Bevölkerung – und damit der Arbeitskräfte – in Europa auszutarieren.¹²

- Die wirtschaftliche Dynamik des Landes wird auf Dauer das Problem der Immigration entschärfen. Türken, die eine Zukunft im eigenen Land haben, bleiben in der Türkei. Überhaupt ist es problematisch, dass das Türkenbild gerade in Deutschland an den Türken festgemacht wird, die in Deutschland oft das Straßenbild prägen. Es sind dies oft Osttürken, die im eigenen Land nicht unbedingt repräsentativ sind. Dass die Integration in Deutschland fehlgeschlagen ist, ist ein großes Problem, aber nicht unbedingt eins, was der Türkei anzulasten ist.

- Die Türkei ist zunächst mehr an dem Prozess als an dem Ergebnis interessiert, und dafür braucht sie ein Datum für den Verhandlungsbeginn. Hier muss mit einigen falschen Ideen aufgeräumt werden, zum Beispiel jener von Verhandlungen mit 'offenem' Ende. Einmal, weil Verhandlungen per se immer offen sind – das heißt, sie können immer auch scheitern; andererseits kann über nichts anderes verhandelt werden als über eine Mitgliedschaft. Für etwas anderes hat die Kommission gar kein Mandat. Allein diesen Prozess in Gang zu setzen, hätte überaus positive Effekte für die Türkei. Bei internationalen Ranking-Agenturen würde ihre Seriosität gesteigert mit wahrscheinlich positiven Rückwirkungen auf Foreign Direct Investment. Daran sind die Türken mehr interessiert als an direkten EU-Geldern; sie wissen, dass sie finanziell, was die großen Geldströme der EU aus dem Agrar- und dem Strukturhaushalt angeht, nicht viel erwarten können.¹³ Das Argument der Budget-Überdehnung zieht daher nicht. Die EU in 2015 kann und wird ohnehin keine Union der Redistribution mehr sein, mit oder ohne Türkei!

- Die institutionelle Überdehnung wird ebenfalls überschätzt. 2009 tritt, wenn der EU-Verfassungsvertrag angenommen wird, zum einen die Verkleinerung der Kommission in Kraft. Zum anderen werden sowohl die Sitze der Türkei sowie ihre Stimmen im Rat voraussichtlich gedeckelt auf der Ebene der anderen großen Staaten. Eine 'institutionelle Hegemonie' der Türkei ist also nicht zu befürchten. Im Übrigen werden sich allein durch den jüngsten Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten andere Formen der Koalitionsbildung ergeben, so dass die Türkei mitnichten 'dominant' wäre.

- Ein Argument wird oft übersehen, da es in der EU noch verpönt ist, in Interessenskriterien zu rasonieren, aber die Türkei würde einen erheblichen Beitrag zur Energieversorgung in Europa leisten.¹⁴ In diesem Punkt zum Beispiel wäre ein Beitritt der Türkei ein erster Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Geostrategie.

- Ein 'role model' für den Nahen und Mittleren Osten. Angesichts der Veränderung der Welt nach dem 11. September 2001, der Gefahr des Terrorismus, der Herausforderungen durch einen fundamentalistischen Islam und der Bedeutung des Nahen und Mittleren Osten für den Weltfrieden ist die Chance, durch den EU-Beitritt der Türkei ein Vorbild für einen säkularisierten, demokratischen und prosperierenden Staat zu schaffen, nicht zu unterschätzen. Die Bedenken, die gerade auch von türkischer Seite vorgebracht werden, nämlich dass die EU hier zu große Erwartungen an die Türkei richte und der Einfluss der Türkei auf den Mittleren Osten gar nicht so groß sei, weil die Türkei eben türkisch und nicht arabisch, also nicht Teil der arabischen Welt sei, sind sehr ernst zu nehmen.¹⁵ Fakt aber ist, dass es ohne EU-Beitritt erst gar keine Chance auf eine solche Entwicklung gibt.

- Und, last but not least, Europa hat sich neuen, internationalen Realitäten zu stellen, und eine davon heißt, dass wir weder

Mauern um Europa ziehen, noch europäische Nabelschau betreiben können. Das heißt nicht, dass nicht auch Konsolidierung betrieben werden muss. Aber die Welt wartet darauf, dass Europa international Verantwortung übernimmt, und das Europa von morgen wird sich nicht nur an einem erfolgreichen Binnenmarkt messen lassen müssen, sondern daran, ob es in der Lage ist, als globaler Akteur aufzutreten. Hierzu aber ist ein Beitritt der Türkei eine entscheidende Voraussetzung. Ohne die Türkei wird Europa kein strategischer Akteur, nicht im Schwarzmeer-Raum, nicht im Kaukasus, nicht im Nahen und Mittleren Osten, also überall dort, wo es in Sachen Stabilitätsexport viel zu tun gibt. Der deutsche Außenminister Joschka Fischer hat diesen Sprung in ein strategisches Europa im März 2004 vollzogen, als er Kern-europa für passé erklärt hat.¹⁶ Das wiederum heißt nicht notwendigerweise Abschied von einer politischen Union. Der Glaubenssatz, nur ein 'kleines' Europa' ist stark, und ein großes Europa ist schwach ('molle'), ist unzutreffend; zumindest lässt er sich auch ins Gegenteil verkehren.

Partir, c'est mourir un peu

Abschiednehmen ist schwer. So schmerzhaft es ist: Wahrscheinlich wird der schnelle Gang der Weltgeschichte die EU zwingen, von mindestens drei 'Schwarz-Weiß'-Schemata Abschied zu nehmen, jenen, dass die EU eine klare Identität, klare Grenzen und klare Institutionen hat. Die EU wird über lange Jahre eher ausfransende Grenzen und ein abgestuftes Geflecht von institutionellen Vereinbarungen mit Nachbarstaaten haben. Mehr denn je wird sich die EU in der Zukunft als ein regionaler Stabilitäts-'Caucus' definieren, der ein subtiles Gleichgewicht zwischen Stabilitätsexport und Instabilitätsimport finden muss. Denn die EU hat die jüngste Erweite-

rungsrunde noch nicht verdaut, Rumänien, Bulgarien und Kroatien sind theoretisch ab 2007 Mitglied (aber bisher auch nur theoretisch!), und die Türkei-Diskussion läuft auf Hochtouren, da kündigen sich die nächsten Debatten schon an: Die Ukraine und der Balkan drängen auf feste Zusagen und Daten, ganz zu schweigen von Ländern wie Moldawien, Georgien und anderen. Die Nachbarschaftsstrategie der Europäischen Union, die am 13. März verabschiedet wurde,¹⁷ stellt einen ersten Ansatz dar, ein Konzept für die EU-Anrainerstaaten zu entwickeln, aber sie geht nicht weit genug und dürfte schon bald überholt sein. Dabei ist die Vollmitgliedschaft im Wesentlichen nur ein eher symbolisches Element. Mit Marktzugang – insbesondere zum Arbeits- und Agrarmarkt – wäre diesen Ländern schon viel geholfen. Angesichts dieser Debatten wirkt die Debatte über die Türkei schon fast wie das Problem von gestern.

Das Rad der Geschichte jedenfalls kann nicht zurückgedreht werden. Helfen kann jetzt nur noch Aufklärung, Aufklärung und noch einmal Aufklärung, um Ängste abzubauen. Dann kann immer noch viel passieren: Die Verfassung könnte scheitern und die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei möglicherweise einen Rückschlag erleiden; der Modernisierungsprozess in der Türkei könnte wieder ins Stocken geraten, die Türkei – eine stolze Nation mit durchaus 'eigenen' Auffassungen – darüber die Nerven verlieren, bis ins kleinste Detail den 'acquis communautaire' zu erfüllen, oder mögliche Referenden über den Türkei-Beitritt könnten schief gehen.¹⁸ Das alles ist nicht abzusehen. Aber eine Vollbremsung bei der derzeitigen Hochgeschwindigkeit der Verhandlungsvorbereitungen würde einen sicheren Genickbruch bedeuten: Die Verhandlungen mit der Türkei über eine EU-Mitgliedschaft müssen beginnen!

- 1 *Werner Weidenfeld*: Die Achillesferse Europas – Die EU muss darüber nachdenken, was sie aus sich selbst machen will. In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 31.1.2000.
- 2 Vgl. *Michael Thumann*: Die zwei Gesichter der Türkei. In: „Die ZEIT“, 41/2004, 30.9.2004.
- 3 Transatlantic Trends. A Project of the German Marshall Fund of the United States and the Compagnia di San Paolo. With Additional Support from the Luso-American Foundation, Fundacion BBVA, and the Institute for Public Affairs (IVO), Top-Line Data, Frage 19: 26 Prozent der Deutschen und 16 Prozent der Franzosen glauben, dass die Mitgliedschaft der Türkei in der EU eher eine gute Sache wäre; 28 Prozent der Deutschen und 35 Prozent der Franzosen halten sie für schlecht. Aber 43 Prozent der Deutschen und 44 Prozent der Franzosen antworteten: 'Weder noch', das heißt der größte Teil der Bevölkerung ist unentschieden.
- 4 Vgl. *Schröders* Äußerungen bei seinem Besuch in Ankara im Februar 2004, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 25.2.2004.
- 5 Vgl. den Brief von *Angela Merkel* an die konservativen Regierungs- und Oppositionsführer der EU, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 17.9.2004.
- 6 *Sylvie Goulard*: Le Grand Turc et la République de Vénise. Éditions Fayard, Paris 2004.
- 7 Ebd., S. 127.
- 8 Frankreich 63, Deutschland 82 Millionen; United Nations Population Division, World Population Prospect.
- 9 Simulationen sprechen von 20 Billionen Euro allein für die Integration der Türkei in die Europäische Agrarpolitik.
- 10 Fortschrittsbericht der Kommission über die Türkei, 2003, S. 40 ff.
- 11 Vortrag von *Kemal Dervis* auf einer Konferenz des British Council und des Center for European Reform (CER) in Istanbul, 15.–17. Oktober 2004: „Opportunities and Challenges ahead“.
- 12 Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Recommendation of the European Commission on Turkey's progress towards accession, Brussels, COM (2004) 656 final, S. 5.
- 13 Der Kommissionsbericht vom 6. Oktober 2004 (a.a.O., Anm. 14), der die Aufnahme von Verhandlungen empfiehlt, ist hier sehr vorsichtig (S. 7): „The application in Turkey of the common agricultural policy and the cohesion policy are two examples. The rules regarding the free movement of persons are a third. It is likely that there will be, as in previous enlargement rounds, a need for substantial and specific arrangements and in some areas long transition periods.“ Schon macht das Wort „permanent derogations“ die Runde (vgl. zum Beispiel die Äußerung von *Lord David Hannay of Chiswick*, der davor warnt, auf der Konferenz des British Council und des CER (a.a.O., Anm. 13)), was den Unterschied zwischen Vollbeitt und 'Privilegierter Partnerschaft' im Übrigen weiter verringert.
- 14 Kommissionsbericht vom 6. Oktober 2004 (a.a.O., Anm. 14), S. 5.
- 15 Vgl. Kommentare von *Nikar Göksel* auf der Konferenz des British Council und des CER in Istanbul, (a.a.O., Anm. 13).
- 16 Interview von *Joschka Fischer* mit der „Berliner Zeitung“, 28.2.2004.
- 17 European Neighbourhood Policy Strategy, (ENP), 13.5.2004.
- 18 Der Souveränitätsverzicht stellt in einigen türkischen Kreisen durchaus ein großes Problem dar, und viele, wie zum Beispiel *Onur Öymen* von der CHP (Republican People's Party) gehen immer noch davon aus, dass die Türkei 'mit vielen nationalen Ausnahmen' in die EU kommen kann: vgl. die Kommentare von *Onur Öymen* auf der Konferenz des British Council und des CER in Istanbul (a.a.O., Anm. 13).

Wider eine Union „large & light“

Was bedeutet der Beitritt der Türkei für Europa?

SYLVIE GOULARD*

Um den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union zu rechtfertigen, wird teilweise vorgebracht, dass das Projekt der Politischen Union korrigiert werden müsste: So ist es etwa für Joschka Fischer unerlässlich geworden, den Mittleren Osten zu stabilisieren und die „Rekonstruktion des Westens“ zu betreiben.¹ Für Michel Rocard² und einige andere Europäer³ ist das Projekt der Vereinigten Staaten von Europa tot. Andere nehmen eine weniger eindeutige Position ein. Das gilt insbesondere für Jacques Chirac, für den die Entscheidung zugunsten der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die im Dezember 2004 getroffen wird, nicht automatisch zum Beitritt führt. Sie lasse den Türken ebenso wie der EU die Zeit sich zu entwickeln, ja, sogar ihre Meinung zu ändern. Bis zum Ende der Verhandlungen hätten sich beide Seiten so weit entwickelt, dass man dann weitersehen könne.

Natürlich hat keine der beiden Seiten ganz und gar Unrecht. Der jüngste Beitritt von zehn neuen Mitgliedern hat schon sehr vieles verändert: Diesen Staaten widerstrebt von ihrer Geschichte her jedweder Souveränitätstransfer. Ihre Völker sind noch nicht richtig vertraut mit der europäischen Integration. Sie blicken nach Amerika. Ihr Bedürfnis nach

wirtschaftlichem Aufholen, ihre relativen Vorteile drängen sie dazu, einen großen, wettbewerbsorientierten Markt einem politisch und sozial integrierten Europa vorzuziehen. Schließlich sind sie recht zahlreich und gut etabliert innerhalb der Institutionen, insbesondere in der Kommission, die seither 25 Kommissare zählt, einen pro Mitgliedstaat. Die ältesten Mitgliedstaaten, angefangen mit Frankreich und Deutschland, verwalten die laufenden Geschäfte, ohne der Gemeinschaftsmaschinerie dieselben schwungvollen Impulse wie früher zu geben. Wenn die Regierungen dieser beiden Länder versuchen, ihre Führungsrolle zu unterstreichen, dann brüskieren sie oft ihre Partner und scheitern bei ihren Unternehmungen. Die Terrorattentate und das Ausbleiben einer politischen Regelung im Nahen Osten belasten unsere Gesellschaften mit neuen Bedrohungen. Im Übrigen ist es schwer vorherzusagen, welche Entwicklung ein so komplexes Gefüge wie die Europäische Union nehmen wird, oder vorherzusehen, wie sich die Türkei, die sich mitten in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess befindet, am Ende entwickeln wird.

Dennoch sind die beiden eingangs genannten Thesen gefährlich. Die erste, weil sie

* Sylvie Goulard ist Dozentin am IEP Paris und am Europa-Kolleg Brügge. Im Oktober 2004 erschien ihr Band „Grand Turc et la République de Venise“ bei Fayard.

mit vollendeten Tatsachen argumentiert und das europäische Projekt deshalb der Unterstützung durch die Bevölkerung beraubt, die für dessen Gelingen aber unverzichtbar ist. Die zweite, weil sie eine Zeitbombe legt, nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ ... Die Bürger müssen jedoch gerade im Gegenteil klare Antworten auf die fundamentalen Fragen nach der Laizität und der Beschaffenheit der EU erhalten, ganz gleich, ob es um deren Finalität, den Inhalt ihrer Politiken oder um die Solidarität geht, die ihre Mitglieder in Zukunft verbindet wird.

Eine Politik der vollendeten Tatsachen

Die Entscheidungen über die Aufnahme der Türkei in die Union bieten eine treffende Karikatur der Mängel im System der gemeinschaftlichen Entscheidungsfindung: Auf der einen Seite geht das höchste Organ, der Europäische Rat, der sich aus den Staats- und Regierungschefs zusammensetzt, politische Verpflichtungen ein und macht den Türken Versprechungen. 1963 haben sie mit dem Assoziierungsabkommen angezeigt, dass sie die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei zur EWG prüfen werden. 1999 verleihen sie in Helsinki der Türkei den Kandidatenstatus, ohne dass es zuvor eine Debatte darüber gegeben hätte. Die breite Öffentlichkeit hingegen weiß nicht, dass solche Schritte auf dem Weg zum Beitritt vollzogen worden sind. Die EU ist im Übrigen, ganz im Gegensatz zu dem, was die hochrangigsten Verantwortlichen dazu schreiben⁴, keineswegs juristisch zu weiteren Schritten verpflichtet. Das Prinzip „pacta sunt servanda“ gilt im internationalen Recht nur bei regelgerecht ratifizierten oder unter Beachtung interner Verfahrensregeln gebilligten Abkommen (Autorisierung durch Parlament oder Referendum). Diese Schutzmechanismen sind im Übrigen ebenfalls erdacht worden, um zu verhindern, dass die Exekutive die demokratischen Verfahrens-

weisen umgeht. In der Bevölkerung macht sich Frustration breit, geschürt durch die Verärgerung darüber, dass man an den jüngsten Erweiterungsbeschlüssen nicht beteiligt worden ist, – insbesondere 1995 und 2004. In Frankreich ist das Volk bei keiner dieser beiden Erweiterungsetappen um seine Meinung gefragt worden, ganz im Gegensatz zu 1973, als man es zum Beitritt von Großbritannien, Dänemark und Irland befragte. Es hat nicht einmal eine ausführliche Parlamentsdebatte unter Bedingungen gegeben, die eine Diskussion der öffentlichen Meinung erlaubt hätten.⁵ Außerdem gesellt sich zu dem bereits existierenden Souveränismus nun auch die Unzufriedenheit jener, die sagen, sie wollten den Aufbau Europas auf andere Weise verfolgen. Das gilt insbesondere für einen Teil der französischen Linken, der hinter Laurent Fabius steht. Die Tatsache, dass seine Argumente wenig überzeugen, wenn sie nicht einfach nur unaufrichtig sind, sollte einen nicht täuschen. Hier ist mit einem Tabu gebrochen worden: Die Verbundenheit mit der EU ist nicht mehr selbstverständlich, selbst nicht in gemäßigten und traditionell europafreundlichen Kreisen. Die Gefahr, dass sich die Bürger von Europa abwenden, sollte man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Rekordquoten der Wahlenthaltung bei den letzten Europawahlen bestätigen diese Tendenz ebenso wie die Eurobarometer-Ergebnisse.

Dies ist umso beunruhigender, als die europäische Führung – die Regierungen und die Kommission – das Argument der Schuld ausspielt. Jedes Mal, wenn insgeheim ein weiterer Erweiterungsschritt gemacht wird, kommt die Erpressung mit der Unumkehrbarkeit zum Zuge: Kommissar Verheugen hat zum Beispiel oft die „Glaubwürdigkeit“ der Union gegenüber den Türken beschworen, um jeden Schritt zurück auszuschließen. So gerät man in die paradoxe Situation, dass alle zukünftigen Entscheidungen als folgenlos präsentiert und daher nicht diskutiert wer-

den, während an alle bereits getroffenen Entscheidungen nicht mehr gerührt werden darf. Die Regierungen bestreiten ganz und gar das vorhandene Phänomen eines Räderwerks, das darauf drängt, immer weiter voranzugehen. Diese Politik der vollendeten Tatsachen ist gefährlich. Sie vermittelt einem das – berechnete – Gefühl eines Mechanismus, der nicht mehr rationalen Kriterien gehorcht. Die demokratischen Kontrollen sind unzureichend, pädagogische Maßnahmen nicht vorhanden. Bei Themen, die Fragen der Identität und der Politik berühren, ist das riskant. Ausländerfeindliche Extremisten könnten durchaus davon profitieren...

Weshalb sollte im Übrigen die Glaubwürdigkeit der Union nur gegenüber den Türken infrage stehen? Wie steht es denn mit den Versprechen gegenüber den europäischen Bürgern, denen eine Vertiefung vor oder zumindest zeitgleich zur Erweiterung versprochen wurde – zählen die nun nichts mehr? Weshalb hält man sie plötzlich für unwesentlich? Das bedeutet doch, mit zwei verschiedenen Gewichten und Maßeinheiten zu messen. Die Kriterien des Europäischen Rates von Kopenhagen 1993 für den Beitritt zur EU verwiesen auch auf „die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten.“ Im Zuge der Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam hatte das französische Parlament einen ganz neuen Artikel in das betreffende Gesetz eingefügt, der zugleich mit der Ratifizierung „substantielle Fortschritte auf dem Weg der Reformen der Institutionen der Europäischen Union“ verlangte, [...] bevor die ersten Beitrittsverhandlungen abgeschlossen würden“⁶. Es war nicht vorgesehen, dass die Erweiterung ohne Vertiefung vonstatten geht, wozu es dann am Ende aber doch gekommen ist. Wir sind irgendwie immer weiter da hineingeschlittert. Mangels Unterstützung durch die Bürger ist das Unternehmen einer strategischen Stärkung der EU zum Scheitern verurteilt:

Die Legitimitätskrise der europäischen Institutionen würde es gar nicht erlauben, das Projekt zum Erfolg zu führen. Wir hätten den Türken dann nur Wind verkauft.

„Nach mir die Sintflut“

Das Vorgehen, das darin besteht, die Bürger ruhig zu stellen, indem man Zeit gewinnt, ist ebenfalls bedenklich: Man produziert so eine Zeitbombe. Was wird geschehen, wenn die Türken während zehn oder 15 Jahren, während der ganzen Dauer der Beitrittsverhandlungen, alle Anstrengungen unternehmen, um dann die Zurückweisung durch ein Volk auf dem Weg des Referendums hinzunehmen? Diese Hypothese kann nicht ausgeschlossen werden, sei es, weil die europäischen Regierungen ihren pädagogischen Verpflichtungen nicht nachkommen, sei es, weil die Bürger an diesem Tage ihre Entscheidung mit Rücksicht auf innenpolitische Überlegungen treffen, die mit der zur Abstimmung gestellten Frage nur sehr entfernt etwas zu tun haben.

Im Übrigen ist nur schwer nachzuvollziehen, inwiefern die Tatsache, dass man die Frage nach den Grenzen der EU um zehn Jahre zurückstellt, Fortschritte in dieser zentralen Frage mit sich bringen kann: Soll die europäische Union gemeinsame Grenzen mit dem Irak und dem Iran haben? Ist die Türkei dazu berufen, der EU beizutreten? Diese fundamentale Frage ist nie öffentlich diskutiert worden, was aber doch hätte geschehen müssen, wenn die EU ihren eigenen demokratischen Ansprüchen gerecht werden will. Nach Robert Badinter hat man „der Türkei einen großen Vorteil eingeräumt, indem man willentlich die Augen vor ihren Eigenheiten, ihrer geographischen Lage, dem demographischen Gewicht, ihren kulturellen und sozialen Besonderheiten verschlossen hat. Hat man über diese Herangehensweise vor dem Parlament, wenn schon nicht vor der öffentlichen Meinung debattiert? Niemals.“⁷

Dass die Türkei mit unserem Kontinent durch vielfältige Bindungen verknüpft ist, dass sie sich „europäisch fühlt“, ist nicht zu bestreiten. Aber mit einem Territorium, das zu 97 Prozent außerhalb Europas liegt, und mit einer Bevölkerung, die zu 89 Prozent nicht in Europa lebt, ist schwer einzusehen, weshalb die Türkei unbedingt dazu berufen sein soll, der EU beizutreten. Istanbul ist von Anatolien nicht zu trennen. Auf alle Fälle ist die Ausdehnung der Union bis zum Irak und zum Kaukasus nicht, wie von manchen behauptet, eine Sicherheitsgarantie. Vom israelisch-palästinensischen Konflikt über die Probleme Kurdistans bis hin zum Kaukasus ist diese ganze Zone besonders von Problemen geschüttelt. Die EU würde also ihre Rolle als beobachtender Dritter gegen die einer beteiligten Partei eintauschen. Die Wette auf ein Gelingen dieses Unternehmens könnte sich als äußerst gefährlich entpuppen, wenn die EU hier scheitern sollte. Die angebliche Bedeutung eines türkischen Beitritts als „Test“ für die arabische Welt müsste angesichts der komplexen arabisch-türkischen Beziehungen erst noch unter Beweis gestellt werden. Dass die ehemalige türkische Kolonialmacht als Vorbild für die ganze muslimische Welt dienen kann, ist keineswegs sicher. Wir müssen uns endlich von diesem mentalen Schema lösen, nach dem alle unsere Nachbarschaftsbeziehungen immer nur auf ein Beitrittsversprechen reduziert werden. Die Kommission hat bereits damit begonnen und eine „neue Nachbarschaftspolitik“ skizziert, aber sie bezieht sie auf eine EU, die die Türkei bereits einschließt.⁸

Der Dominoeffekt der aufeinander folgenden Erweiterungsschritte (Polen plädiert für die Ukraine, die Türkei für den Kaukasus etc.) sollte uns zu größter Wachsamkeit veranlassen, denn andernfalls verfallen wir dem Sinnfehler, der darin besteht, die Universalität der Menschenrechte mit der Ausdehnung der EU zu verwechseln. Das wäre für diese Universalität selbst gefährlich. Ganz

abgesehen davon, dass das Argument der nützlichen Verbreitung unserer Werte durch den Beitritt der Existenz des Europarates wenig Beachtung schenkt. Die Türken sollten die derzeitigen Reformen (Reform des Strafrechts, Abschaffung der Folter, Schutz der Frauen) nicht deshalb vorantreiben, um uns zu gefallen, sondern weil sie sich im Rahmen dieser Institution schon seit Jahrzehnten dazu verpflichtet hatten. Sie sind übrigens im Europarat regelmäßig verurteilt worden, wobei diejenigen, die heute erklären, welche Lektionen die Türken zu lernen hätten, relativ gleichgültig zugesehen haben.

Aspekte einer notwendigen Debatte

Im Hinblick auf die Laizität gibt es mehrere besorgniserregende Aspekte. In den Kommissionsberichten über die Türkei auf dem Weg zum Beitritt (2003 und 2004) ebenso wie in dem zuvor schon erwähnten Bericht von Michel Rocard und anderen kann man nachlesen, wie weit die türkische Laizität vom französischen Konzept einer Trennung von Kirche und Staat entfernt ist. Dieser sehr wichtige Unterschied ist auch an den Berichten des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung oder der Nichtregierungsorganisationen wie Missio⁹ abzulesen.

Mit ihren jüngsten Erklärungen verstärken die türkischen Führer solche Befürchtungen. Premierminister Erdogan hat sich kürzlich gerühmt, seine Töchter in die USA geschickt zu haben, damit sie die „Freiheit“ hätten, verschleiert zu studieren! Seine Frau begibt sich ebenfalls verschleiert auf Staatsreisen ins Ausland, so wie im letzten Mai in Griechenland. Ist das eine Einstellung, welche die Frauen aber auch die Männer Europas von einem möglichen Regierungschef der EU erwarten? Das Schweigen der französischen Staatsführung nach diesen provozierenden Erklärungen in Paris gibt Anlass zur Besorgnis, ebenso wie die Verblendung eines Teils

der französischen Intelligentsia, die aus geistigem Konformismus und routinemäßigem Antiklerikalismus heraus den Beitritt einer „laizistischen“ Türkei befürwortet. Und was die Europäische Kommission angeht, so schafft sie es, „die Situation der Frauen als weiterhin unbefriedigend“ zu beurteilen, um dann am Ende auf die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit diesem Land zu schließen! Im Europa des Business und der Strategie werden die Rechte der Frauen entschieden in den Hintergrund geschoben.

Auch die Finalität des europäischen Projekts müsste Gegenstand öffentlicher Debatten sein. Für die Sargträger der Vereinigten Staaten von Europa hat sich das europäische Projekt insbesondere 1973 geändert, als Großbritannien und Dänemark sich der EWG angeschlossen haben. Als ob der Gemeinsame Markt und der Euro nicht nach 1973 geschaffen worden wären. Es wäre Jacques Delors, Felipe Gonzales oder Helmut Kohl nie in den Sinn gekommen, auf ihre europäischen Projekte zu verzichten, nur um den Briten Kummer zu ersparen. Und was Dänemark angeht, so hat François Mitterrand entschieden, ein Referendum zum Maastrichter Vertrag durchzuführen, um eine Antwort auf das negative Votum dieses Landes zu geben.

Verteidigung des europäischen Projektes

In Wirklichkeit stoßen innerhalb der EU schon seit langem unterschiedliche Visionen von Europa aufeinander. Gerade nach dem Beitritt zehn neuer Länder stellt sich die Frage, ob diejenigen, die das ursprüngliche europäische Projekt vorangetrieben haben, sich zwangsläufig der Meinung der Mehrheit anschließen müssen, oder ob sie weiterhin die Vorzüge einer politischen Neuerung, die ohne Vorbild ist, nämlich die Union verteidigen. In turbulenten Zeiten der Veränderungen kann eine gewisse Beständigkeit den neu Hinzugekommenen helfen, die gemeinsame

Ziele Stück für Stück zu verinnerlichen. Ohne die Empfindlichkeiten der neuen Mitglieder zu verleugnen oder die Veränderungen zu verharmlosen, müssen wir sehen, wo unsere Interessen liegen: Nun, wenn Europa in der Welt von Gewicht ist, dann im Bereich des Wettbewerbs, des internationalen Handels, eben dort, wo die Supranationalität Wirklichkeit ist. Die „Methode Monnet“ hat Boeing und Microsoft zum Nachgeben gezwungen und bringt uns in eine Position der Stärke gegenüber China. Die „Methode Monnet“ hat George W. Bush bei der Welthandelsorganisation dazu verpflichtet, mitten im Irakkonflikt auf seine Stahlsubventionen zu verzichten, während wir zugleich in der UNO Spaltung und Ohnmacht vorführten. Das Scheitern der „Lissabon-Strategie“, durch die wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft steigern wollten, verdeutlicht uns auf grausame Weise die Kleinmütigkeit der Mitgliedstaaten, die sich ihren fruchtlosen Rivalitäten überlassen. Der „strategische“ Traum der Befürworter eines türkischen Beitritts könnte sich, wenn die Dinge in Europa auf eine schlichte Zusammenarbeit der Staaten hinauslaufen, als ebenso hohl erweisen wie die Herausforderung, aus der EU die wettbewerbsfähigste Zone der Welt zu machen.

Schließlich wäre es nützlich darauf zu achten, dass in Zukunft, in einer erweiterten EU, weiterhin eine ehrgeizige Politik betrieben wird. Ein Entwicklungsland mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 27 Prozent des Durchschnittseinkommens im erweiterten Europa kann unsere sozialen Standards nicht verbessern. Es muss erst einmal aufholen und geht von sehr niedrigen sozialen Normen aus. Auch wenn das Land, das durch den Internationalen Währungsfonds einem strengen Sanierungsprozess unterworfen ist, große Anstrengungen unternimmt, so ist es doch noch weit vom Ziel entfernt. Die europäischen Politiker der Rechten und Linken sollten den Mut haben, mit ihren Wählern,

die sich um Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit sorgen, offen zu reden und ihnen anzuzeigen, was von gewissen Gemeinschaftspolitiken übrig bleibt (Gemeinsame Agrarpolitik, Kohäsionsfonds, Strukturhilfen, Gleichgewicht von öffentlichen Diensten und privater Konkurrenz), statt sich im leeren Raum an der Geopolitik zu berauschen. Die Gemeinsame Agrarpolitik ist durch den Beitritt eines Landes mit 32 Prozent Landwirten bedroht. Wengleich man diese Politik gründlich reformieren muss, muss man dann nicht doch wenigstens darüber reden, bevor man sie auf den Müll wirft? Auch die Strukturfonds, die so wichtig für unsere Regionen sind, müssten angesichts der Finanzierungsbedürfnisse der Türkei verringert werden, wenn nicht ganz verschwinden. Darüber hinaus fehlen in Europa gut funktionierende grenzüberschreitende Transportnetze, Forschungszentren, Neuerungen im Umweltschutz, Anreize zur Mobilität, ein wirksamer Rechtsraum. Werden wir das alles tun können, wenn die Erweiterungen endlos aufeinander folgen und unsere ehrgeizigen Bemühungen wie die „Peau de chagrin“ zusammenschrumpfen lassen?

Schließlich ist die finanzielle Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten eine der konkret fassbaren Realitäten der Union. Mit dem

Beitritt der Türkei ist das wahrscheinlichste Szenario die Reduktion der entsprechenden Budgets. Bereits jetzt lehnen die Nettozahler eine Fortschreibung ab. Das sind die gleichen Länder (insbesondere Frankreich, Deutschland, Großbritannien, die Niederlande), die jetzt eine ehrgeizige Geostrategie predigen. Mittelfristig gedacht, muss man auch diese Konsequenzen bedenken.

Manche möchten also Monnet begraben, um neue Territorien in den Grenzländern des Orients hinzuzugewinnen. Es scheint „altmodisch“, wenn man sich noch für das Gemeinschaftseuropa und für seine alten Zöpfe interessiert. Jedoch liefern die Strategen, die neue Pläne entwerfen, keine Rezepte, die den Erfolg dieser Unternehmung garantieren würden. Sie werden weder die Unterstützung der Bürger finden, noch werden sie über die adäquaten Institutionen verfügen und noch weniger über das notwendige Geld. Die entgegengesetzte These, die eines kohärenten, vernünftig geschnittenen Europa, das weiß, was es ist und was es will, das enge Verbindungen mit einer Umgebung knüpft, mit der es privilegierte Beziehungen unterhält, aber selbst von ihnen unterschieden ist, diese These ist vielleicht moderner als ein Europa „large and light“.

-
- 1 Joschka Fischer: Kleinenuropäische Vorstellungen funktionieren einfach nicht mehr. In: „Berliner Zeitung“, 27.4.2004; ders.: Die Rekonstruktion des Westens. In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 6.3.2004.
 - 2 „Le Figaro“, 16.11.2004.
 - 3 M. Rocard / M. Ahtisaari / E. Bonino / H. van den Broek / G. Geremek / A. Giddins / M. Aguirre: La Turquie dans l'Europe, plus qu'une promesse? Rapport financé par le British Council et l'Open Society Institute, September 2004.
 - 4 Ebd.
 - 5 Die Debatte fand weitgehend nachts statt, vor einem halb leeren Parlament, und wurde später auch nicht mehr übertragen.
 - 6 Gesetz Nr. 99-229 vom 23.3.1999; Journal officiel, 25.3.1999, S. 4463.
 - 7 Robert Badinter: Paroles, paroles. In: „Le Monde“, 22.10.2004.
 - 8 Vgl. vor allem die Mitteilung vom 11.3.2003 COM (2003) 104 final.
 - 9 Otmar Oehring (Hg.): Zur Lage der Menschenrechte – Laizismus = Religionsfreiheit? Missio, Internationales Katholisches Missionswerk e.V., 2002.

Die Türkeifrage

Dokumentation zur aktuellen französischen Diskussion

ZUSAMMENGESTELLT VON SILKE STAMMER

56 Prozent der Franzosen sind grundsätzlich „eher gegen“ einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, 36 Prozent sprechen sich dafür aus. Als wesentliche Gründe nennen die Gegner vor allem die Befürchtung einer massiven Immigrationswelle aus der Türkei in die Arbeitsmärkte der EU-Mitgliedstaaten (40 Prozent), sowie die Tatsache, dass der Großteil des türkischen Staatsgebietes sich in Asien befindet (25 Prozent) und die Mehrheit der türkischen Bevölkerung muslimischen Glaubens ist (25 Prozent). Die Befürworter geben hingegen zu 50 Prozent das Argument an, dass ein Beitritt die Entwicklung der Demokratie in der Türkei stabilisieren würde. Ein Drittel äußert darüber hinaus, dass eine EU-Mitgliedschaft verhindern würde, dass die Türkei zum islamischen Fundamentalismus umschwenkt. (Étude IPSOS, 24./25.9.2004).

Abgesehen von der Meinung der Bevölkerung hat seit der Debatte um die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages von 1992 keine europapolitische Grundsatzfrage ein vergleichbares Ausmaß an Diskussion und Polarisierung der politischen Klasse Frankreichs hervorgerufen, wie die Frage des Bei-

tritts der Türkei zur Europäischen Union. Am 6. Oktober nun hat die Europäische Kommission ihre Empfehlung für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgesprochen. Dem folgte in Frankreich unter anderem eine Debatte ohne Abstimmung in der Nationalversammlung, die zwar nur von etwa hundert Abgeordneten genutzt wurde, jedoch in den zentralen Redebeiträgen das Spektrum der Meinungen jenseits von Parteigrenzen verdeutlicht.

Am 17. Dezember wird der Europäische Rat über die Eröffnung und die Bedingungen dieser Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beraten und entscheiden. Die sich überlagernde innerfranzösische Diskussion zur Beitrittskandidatur der Türkei einerseits und zum Referendum über die Europäischen Verfassung andererseits verleiht der Debatte zusätzliche Schärfe und Komplexität. Im Folgenden soll eine Auswahl an Zitaten und Meinungsäußerungen der politischen Vertreter des Nachbarlandes aus den vergangenen Wochen die Dimensionen der Auseinandersetzung sowie die Hauptargumentationslinien der Befürworter und Gegner einer Kandidatur Ankaras veranschaulichen.¹

1 Hierzu sind die selektierten Zitate thematisch gruppiert, die Chronologie wird dabei vernachlässigt.

Jacques Chirac und Gerhard Schröder – völlige Übereinstimmung?

„Meine Überzeugung ist, dass die Türkei eine europäische Bestimmung hat.“

Jacques Chirac, 29.4.2004, zitiert nach „Le Monde“, 16.10.2004.

„Die Entscheidung [...] wird bekanntlich von den Staats- und Regierungschefs beim Gipfel am 16. und 17. Dezember getroffen, wo ebenfalls über den Zeitpunkt, falls es einen geben wird, entschieden wird, an dem die Verhandlungen mit der Türkei beginnen. Der Bundeskanzler und ich, Deutschland und Frankreich teilen eine gemeinsame Haltung: Es liegt zweifellos im Interesse aller und vor allem im Hinblick auf die Verankerung der Demokratie und des Friedens auf dem gesamten europäischen Territorium im weiten Wortsinn, die das Ziel des europäischen Aufbauwerks ist. Das wesentliche Ziel besteht darin, den Frieden und die Demokratie so zu verankern, dass die Irrtümer und die Gewalt der Vergangenheit vermieden werden. In diesem Zusammenhang liegt es natürlich in unserem Interesse, die Türkei in unserem Kreis zu haben. Es ist auch ganz klar, dass die Gewohnheiten der Türkei, wenngleich sie sich entwickelt haben, noch Fortschritte machen müssen, um den Kriterien der Demokratie und der Marktwirtschaft zu entsprechen, die der gesamten Europäischen Union gemein sind.“

Jacques Chirac während der gemeinsamen Pressekonferenz mit *Gerhard Schröder*,

Straßburg, 1.10.2004, Französische Botschaft, veröffentlicht am 4.10.2004.

„Das Interesse Europas und das der Türkei ist es, sich zusammenzuschließen, aber die Antwort wird nicht vor zehn oder 15 Jahren kommen. Eine heutige Polemik zu diesem Thema hat keinen Sinn. [...] Die Franzosen werden ihr Wort dazu zu sagen haben. [...] Mein innigster Wunsch ist, dass wir zu gegebener Zeit, in 15 Jahren, zu einer Möglichkeit des reinen und einfachen Beitritts gelangen. Das ist im Interesse des Friedens und der Demokratie in der Welt und in der Region. [...] Aber es ist möglich, dass die Verhandlungen nicht so enden, wie wir es uns wünschen, dass die Türkei es nicht wünschen könnte, die notwendigen Anstrengungen bis zum Ende zu erbringen. [...] (Eine mögliche Konsequenz wäre) entweder der reine und einfache Verzicht der Türkei auf einen Beitritt in die Union, oder das Finden eines *modus vivendi* auf der Basis einer starken und bedeutenden Verbindung.“

Jacques Chirac nach dem 4. Deutsch-Französischen Ministerrat am 26.10.2004, zitiert nach „Le Monde“, 28.10.2004.

„Wir sind uns darin einig, dass während des Europäischen Gipfels am 17. Dezember die Entscheidung getroffen wird, die es der Türkei ermöglicht, mit der Kommission zu verhandeln, – mit dem ausdrücklichen Ziel des Beitritts zur Europäischen Union. Dieses Ziel und kein anderes wurde festgehalten.“

Gerhard Schröder nach dem 4. Deutsch-Französischen Ministerrat am 26.10.2004, *Présidence de la République Française*.

Wirtschaftliches Ungleichgewicht und politisches Regime

„Auch die Hoffnung des türkischen Volkes muss in Betracht gezogen werden, damit der Fortschrittswille, der dort herrscht, und der stärker ist, als manch einer denkt, nicht durch etwas erstickt wird, das wie Unverständnis oder sogar Ausschluss zu erscheinen droht. Aber wir dürfen das türkische Volk auch nicht anlügen. Geben wir klar zu, dass ein Beitritt zur Europäischen Union weder heute noch morgen noch in den kommenden Jahren möglich ist. Geben wir genauso klar zu – denn die Französisinnen und Franzosen könnten aufgerufen werden, per Volksabstimmung darüber zu entscheiden – dass es unsere Aufgabe ist, offen und ehrlich den Rahmen dieser Diskussion zu stecken. Frankreich muss die Diskussion ernst nehmen und darf deshalb nicht versuchen, sie zu beenden, bevor sie angefangen hat.[...]“

Nein, die Türkei ist nicht beitragsbereit. Die Türkei ist heute auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene sehr weit von Europa entfernt. Zwar hat sich die Türkei seit dem siegreichen Kampf Mustafa Kemal Atatürks für die Unabhängigkeit des Landes und die Laizität für Europa und den Westen entschieden. Diese Bindung hat sich zum Ende des Zweiten Weltkriegs mit dem Beitritt der Türkei zum Europarat und mehr noch zur NATO verstärkt. Die Türkei ist also bereits durch uns verpflichtende Verträge an uns gebunden. Dennoch müssen die Bemühungen trotz der wirtschaftlichen Fortschritte weitergehen. Das Ungleichgewicht zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil des Landes bleibt extrem groß. Selbst wenn ein Drittel der Türken aus der Region Istanbul und entlang der Ägäis einen Lebensstandard haben, der denen anderer EU-Staaten bei ihrem Bei-

tritt gleichkommt, so ist doch noch ein weiter Weg zu gehen, bevor die türkischen Landregionen eine Entwicklungsstufe erreichen, die der Türkei den EU-Beitritt ermöglichen könnte. Das BIP pro Kopf in der Türkei liegt bei 10 Prozent des Durchschnitts der Europäischen Union aus 25 Mitgliedstaaten. Die wirtschaftliche Kluft ist also noch sehr groß.

Auf politischer Ebene hat die Türkei jüngst große Fortschritte gemacht – und hier muss der Mut des türkischen Regierungschefs Erdogan gelobt werden – jedoch müssen die Neuerungen bei der Gesetzgebung auch vom türkischen Volk verinnerlicht werden. Und man muss sich von ihrer effektiven und konsequenten Anwendung überzeugen. Vieles bleibt auch zu tun bei der Annahme der Laizität, für die Rechte von Minderheiten oder für die Gleichheit von Männern und Frauen, die noch lange nicht gewährleistet ist. Die Türkei steht zudem Konflikten gegenüber, die schwierig in die Europäische Union hineinzutragen sind. Ich denke hier an das Problem der Kurden oder an die Spannungen mit den Nachbarländern bei der Kontrolle von Euphrat und Tigris.“

Jean-Pierre Raffarin am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung zur Türkeifrage, Französische Botschaft, veröffentlicht am 15.10.2004.

„Die Befürworter des Türkeibeitritts bringen häufig das Argument der erfolgreichen Stabilisierung Spaniens, Portugals und Griechenlands vor. Sie vergessen dabei, dass die Integration dieser Länder Anlass zu einer nennenswerten Erhöhung des Gemeinschaftsbudgets gewesen ist, auf dem Wege der so genannten Kohäsionsfonds.“
Sylvie Goulard: „Le Grand Turc et la République de Venise“ (Fayard, Oktober 2004), zitiert nach „Le Figaro“, 4.10.2004.

„Die türkischen Arbeiter sind seit langem in Europa.“
Arlette Laguiller (Lutte ouvrière), zitiert nach „Le Monde“, 24.9.2004.

Religion / Islamismus

„[Ich frage mich, ob die türkische Regierung in der Lage ist], die türkische Gesellschaft dazu zu bringen, den europäischen Werten und den Menschenrechte anzuhängen. Das Problem liegt nicht im Engagement der Regierung, aber in der Einstellung der türkischen Gesellschaft. Wollen wir, dass der Fluss des Islam dem Bett der Laizität folgt?“

Jean-Pierre Raffarin, „Wall Street Journal“, 23.9.2004.

„[Die Türkei] ist kein europäisches Land, aus historischen, geographischen, politischen, moralischen und religiösen Gründen. [Die Türkei] ist „ein asiatisches Land [...] auf dem Weg der Reislamisierung.“

Jean-Marie Le Pen (Front National), zitiert nach „Le Monde“, 24.9.2004.

„Es geht darum zu zeigen, dass der Fluss des Islam im Ozean der Demokratie und der Menschenrechte aufgehen kann. Man kann nicht gleichzeitig die Integration der französischen Muslime und die Laizität zu einer der ersten Chefsachen unseres Landes machen, die Bush-Administration anklagen, im Irak den Konflikt der Zivilisationen zu verschärfen, den Ben Laden und seine Terroristen der Welt aufzuzwingen versuchen, und gleichzeitig der laizistischen Türkei sagen, dass sie bei uns nicht ihren Platz hat.“

Pierre Lellouche (UMP), am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung zur Türkeifrage, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Von allen Gründen, sich für einen Beitritt der Türkei zur Union auszusprechen, lässt zumindest einer niemanden unberührt: Unter den großen Nationen ist allein die Türkei in der Lage, der Welt zu zeigen, dass man ein demokratisches, laizistisches Land sein kann und gleichzeitig muslimisch. Kein anderes Land ist in gleicher Weise in der Lage, heute und noch vielmehr morgen, eine solche Botschaft zu geben. Wenn wir die Türkei integrieren, was natürlich heißt, dass sie die Beitrittskriterien erfüllt, wird dies sozusagen durch Tatsachen bewiesen sein. Wenn wir sie zurückweisen, ist es der Beweis des Gegenteils, den wir selbst erbracht hätten. Hier geht es nicht im Geringsten um Erpressung, aber um eine einfache Feststellung, die man nicht einfach von der Hand weisen kann.“

Luc Ferry, Meinungsbeitrag in „Le Monde“, 22.10.2004.

„Für uns ist die Diskussion um die Unumkehrbarkeit des Integrationsprozesses, ebenso wie um die Beitrittskriterien (auch wenn es hier eine Menge zu sagen gäbe, im Besonderen zur Verleugnung des armenischen Genozids), eine falsche Diskussion, die nicht stattfinden sollte. Denn die Türkei gehört nicht zu Europa und hat also nicht die Bestimmung, in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Ohne umfangreiche Geschichtsstudien oder auch nur geringste Kenntnisse der europäischen Geographie ist dies eine Folgerung des gesunden Menschenverstands, die von einer großen Mehrheit der Franzosen geteilt wird.

Die Türkei kann nicht nach einer Aufnahme in Europa streben, da sie nicht zu Europa gehört, das ist offensichtlich, geographisch ebenso wie historisch. [...] Es ist eine Tatsache, dass die Türkei seit mehreren Jahrzehnten dank einer starken Macht des Militärs dem Anwachsen des radikalen Islamismus trotzt. Die Aufnahme in die Europäische Union ist durch das Verschwinden der starken Militärmacht bedingt, was bedeutet, dass je näher die Türkei der Aufnahme in die Europäische Union ist, desto mehr wird sie durch eine Wendung hin zum radikalen Islam bedroht. Und so bricht das einzige Argument des pro-türkischen Clubs in sich zusammen.“

Offener Brief einer Reihe von UMP-Abgeordneten in „Le Figaro“, 14.10.2004.

Geographische Lage / Grenzen der Union / Sicherheit

„Für die Konstruktion Europas ist das zentrale Problem der türkischen Kandidatur nicht die Menschenrechte, nicht der Entwicklungsrückstand, nicht das Gewicht der Bevölkerungsgröße, nicht der atlantische Tropismus Ankaras, nicht einmal der Islam, sondern seine geographische Lage, weit außerhalb Europas. Das Fehlen oder Vorhandensein von definitiven Grenzen der Europäischen Union wird nun aber entscheidend sein für ihre Natur. Unglücklicherweise hat bis heute keine Regierung, kein nationales Parlament, keine der europäischen Institutionen den Mut gehabt, öffentlich die Frage nach den Grenzen des politischen Europas zu stellen. Und die Erfahrung zeigt, dass niemand den Mut hat, Nein zu sagen, zu welcher Beitritts-Kandidatur auch immer: Jeder hofft, dass ein anderer es an seiner Stelle tun wird.“

Alain Lamassoure (UDF), Meinungsbeitrag in „Le Monde“, 6.10.2004.

„Europa hat keinerlei Interesse daran, die Solidaritätsklausel zugunsten einer Türkei anwenden zu müssen, die weit davon entfernt ist, all' ihre Streitigkeiten mit ihren Nachbarn geregelt zu haben; Europa hat keinerlei Interesse daran, seine Grenzen nach Asien zu verschieben.“

Robert Badinter (PS) während einer Genshagener Expertentagung, am 8./9.10.2004, zitiert nach „Le Monde“, 12.10.2004.

„Wir sind für, entschieden für eine Integration der Türkei in die Europäische Union, weil wir unseren Horizont nicht an den engen Grenzen der französischen Politik Halt machen lassen. Europa braucht die Türkei, um ein Modell des multikulturellen Zusammenhalts zu errichten und um dem Krieg der Zivilisationen eine entscheidende Antwort zu geben.“

Noël Mamère (Verts), am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung zur Türkeifrage, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Den europäischen Bürgern fehlen Grenzen. Der Misserfolg des Referendums über den Status Zyperns im vergangenen April und vor allem die Debatte um den Beitritt der Türkei zeigen, dass der territorialen Frage nicht länger ausgewichen werden kann.

Das Problem reduziert sich nicht auf die Fragestellung: Ist die Türkei bereit zum Beitritt in die Union? Die Frage lautet auch: Ist die Union in der Lage, die Türkei aufzunehmen? Es geht hier nicht darum, die Beiträge des ottomanischen Reiches und der modernen Türkei zur Geschichte unseres Kontinents zu verkennen. Es geht auch nicht darum, mit zwei Sätzen über die europäische Bestimmung der Türkei zu urteilen. Aber der Beitritt in die Union wird nicht wie ein Diplom oder Zeugnis verteilt, er ist ein Vertrag zu einem gemeinsamen Leben. Dass die Türkei ein muslimisches Land ist, ist kein Hindernis für ihre Integration, aber kann auf umgekehrtem Wege genauso wenig eine Verpflichtung schaffen. Man muss im Übrigen wünschen, dass die Stabilisierung des Balkans eines Tages den Beitritt Bosniens ermöglichen wird. Mit der Türkei abzuwarten, wird den Schock der Zivilisationen nicht beschleunigen. Niemand kann solchen Hirngespinnsten Glauben schenken. Bevor man schließlich vorgibt, die

Union sei ein Schutzwall gegen die Welle des Islamismus, sollte man den Zustand der Mauer bedenken. [...] Der Beitritt der Türkei wirft die Union in eine der unsichersten Regionen der Welt, eine Region voller Fragilitäten zu Beginn dieses Jahrhunderts und zugleich ein Nervenbündel des Planeten. Mit der Aufnahme der Türkei tritt die Union in direkten Kontakt mit mehreren offenen Konflikten. [...] Zunächst scheint es vernünftig, der Türkei eine privilegierte Partnerschaft anzubieten, solange die Union nicht in der Lage ist, den Herausforderungen zu begegnen, vor allem im Bereich der Sicherheit, die diese zukünftige Erweiterung mit sich bringt. In dieser Perspektive müssen die Ambitionen des Europas der Verteidigung ernsthaft überdacht werden. Die Anpassung seiner militärischen Fähigkeiten stellt den entscheidenden Kernaspekt der nächsten Jahre dar.“

Louis Gautier (PS), in einem Meinungsbeitrag für „Le Figaro“, 1.11.2004.

Automatismus der Beitrittsverhandlungen / Privilegierte Partnerschaft

„Ich möchte nicht, dass die französischen Autoritäten mit gespaltener Zunge sprechen, indem sie auf der einen Seite der Türkei sagen, dass sie in die Union aufgenommen wird, und auf der anderen Seite den Franzosen versichern, dass diese Entscheidung ihnen in 15 Jahren zukommt und dass, wenn sie sich gegen den Türkei-Beitritt aussprechen, er nicht vollzogen wird. Die Erfahrung zeigt, dass sobald Beitrittsverhandlungen begonnen wurden, sie sehr schnell zu Ende geführt werden. Wir verhandeln mit Demokratien, die ihren Wählern Rechenschaft schuldig sind. Die Kriterien der Union zu erfüllen, beinhaltet, bedeutende Opfer von der Bevölkerung zu verlangen. Die Türken werden nicht 15 Jahre warten, um für ihr Bemühungen belohnt zu werden. Ihre Regierung kann sie im besten Fall fünf bis sechs Jahre zur Geduld bringen.“

Alain Lamassoure (UDF), Interview in „Le Figaro“, 13.10.2004.

„Ich wünsche, dass wir für die Türkei, wie ab sofort für alle Beitrittsländer, eine privilegierte Partnerschaft vorsehen, um keinerlei Empfindlichkeiten zu verletzen und die Würde eines großen Volkes mit Respekt zu behandeln. Um dahin zu gelangen, darf der Europäische Rat vom 17. Dezember keinen Weg versperren.“

Edouard Balladur (UMP), am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung zur Türkeifrage, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

Politisches Europa / Europäische Verfassung / Referendum

„Das Problem, die derzeitige Debatte in Europa, und besonders in Frankreich, über die europäische Verfassung, also über den Verfassungsvertrag, hat absolut nichts mit der Debatte über die Türkei zu tun. In Frankreich wird 2005 ein Referendum stattfinden über die Ratifizierung des Verfassungsvertrags. Es geht darum, Ja oder Nein zu einem Vertrag zu sagen, dessen Ziel darin besteht, dem erweiterten Europa die Möglichkeiten an die Hand zu geben, sich zu regieren und weiter zu kommen. Das hat absolut nichts mit der Türkei zu tun. Was die Türkei angeht, so kennt jeder meine Haltung, die übrigens mit der des Bundeskanzlers übereinstimmt, aber das ist ein sehr viel längerfristiges Problem. Der mögliche EU-Beitritt der Türkei setzt zwei Dinge voraus: Zunächst, dass die Türkei alle Bedingungen erfüllt [...]. Und dann, wenn das der Fall ist, die juristische und die politische Entscheidung auf der Grundlage eines Beitritts-Vertrages. Das erfordert zehn oder 15 Jahre. Das wird zwangsläufig sehr lang sein. Und das Problem für die Franzosen besteht darin, zu erfahren, ob sie in dem Moment ihr Wort dazu sagen können oder ob die Entscheidung ihnen aufgezwungen werden kann.“

Also, ich versichere Ihnen gleich, die Franzosen werden ihr Wort dazu zu sagen haben. Und um dies garantieren und versichern zu können, habe ich die Regierung aufgefordert, die Bedingungen für die Verfassungsänderung zu prüfen, die, wie Sie wissen, notwendig ist, um den europäischen Verfassungsvertrag zu verabschieden, also eine Bestimmung einzufügen, die es gestattet sicherzustellen, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt, das heißt vor dem möglichen Beitritt oder der Frage nach dem möglichen Beitritt der Türkei, die Franzosen nicht über den Weg eines parlamentarischen Verfahrens, sondern obligatorisch für diese Erweiterung und mögliche weitere Erweiterungen auf dem Weg eines Referendums befragt werden.“

Jacques Chirac während der gemeinsamen Pressekonferenz mit *Gerhard Schröder*, Straßburg, 1.10.2004, Französische Botschaft, veröffentlicht am 4.10.2004.

„Ich glaube nicht, dass Europa bereit ist für den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Europa ist gerade erweitert worden, es muss seine neuen Mitglieder aufnehmen und deren Integration gewährleisten, bevor an eine neue Erweiterung gedacht werden kann. Aber die Priorität der Europäer heute ist die Verabschiedung der Verfassung, also die Vertiefung der Vorstellung von einem politischen Europa. Vergessen wir nicht, dass zu den Kriterien von Kopenhagen, die 1993 definiert wurden, die Fähigkeit gehört, „neue Mitglieder einzugliedern und dabei den Schwung der europäischen Integration zu bewahren“. Haben wir heute diese Fähigkeit? Die Antwort ist ganz klar „Nein“. Weder Europa noch die Türkei sind heute bereit zu diesem Beitritt. Vergessen wir das nicht, tun wir nicht so, als wäre dies nicht der Fall. [...]

Die Türkei verändert sich, denn sie zeigt eine echte Sehnsucht nach Europa. Lassen wir ihr Zeit. Jetzt ist die Zeit der Diskussionen, des Dialogs, der notwendigen Annäherung für eine Nähe, die es noch zu definieren gilt. Das alles steht bei der Verhandlungsphase auf dem Spiel, die bald eröffnet sein wird. [...] Der Prozess wird lang sein. Wie beim Europäischen Rat vereinbart, hat die Kommission am 6. Oktober ihre Empfehlung bezüglich der Türkei vorgelegt. Sie ist der Meinung, dass „die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen ausreichend erfüllt und empfiehlt die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen“. Wie die Kommission unterstrich, handelt es sich um ein „vorläufiges Ja“, das zu einem großen Teil auf den Fortschritten beruht, welche die Türkei machen muss und deren Anwendung sorgfältig überprüft werden muss. Die Staats- und Regierungschefs werden sich am 17. Dezember zu der Möglichkeit äußern, Beitrittsverhandlungen mit diesem Land zu eröffnen. Wenn sie eröffnet sind, werden sie komplex und schwierig sein. [...] Wir haben das Schicksal Europas in der Hand. Die Zukunft ist nicht festgeschrieben: Die Europäische Union kann entscheiden, dass es zum Beitritt der Türkei kommt, sie kann entscheiden, dass eine verstärkte Partnerschaft mit der Türkei entsteht, und sie kann entscheiden, da zu bleiben, wo wir heute sind.

Jean-Pierre Raffarin am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung zur Türkeifrage, Französische Botschaft, veröffentlicht am 15.10.2004.

„Mit der Türkei reduziert sich Europa auf eine schlichte Freihandelszone, weit entfernt von dem Ideal, das die Föderalisten antreibt, denen ich angehöre.“

Dominique Pailé (UMP), am 14.10.2004 während der Debatte in der Nationalversammlung, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Hätten wir Europa mit einem Deutschland gebaut, das den Holocaust verneint hätte? Der türkische Staat leugnet weiterhin den Völkermord an nahezu 2 Millionen Armeniern. Gibt es eine Hierarchie bei Völkermorden? General de Gaulle hat von einem Europa vom Atlantik bis zum Ural geträumt, sind Sie bereit den Alptraum eines Europas vom Atlantik bis zum Euphrat zu leben?“

Philippe Pemezec (UMP), am 14.10.2004, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Der Beitritt eines nicht-europäischen Staates wird das reibungslose Funktionieren der Institutionen, die durch die Erweiterung bereits geschwächt sind, unmöglich machen.“

Nicolas Dupont-Aignan (UMP), am 14.10.2004, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Der Beitritt der Türkei, ohne steuerliche und soziale Harmonisierung, ohne wirkliche Demokratisierung der europäischen Institutionen, in einem Europa der 30, kann nichts anderes als eine Auflösung des europäischen Projektes bedeuten und Reflexe der Angst und Feindseligkeit vorbereiten. Wir müssen klar sagen, dass der Beginn von Beitrittsverhandlungen keinen Beitritt bedeutet.“

Manuel Valls (PS), am 14.10.2004, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ist ein legitimes Recht. Es kann hier keine benachteiligende Behandlung geben. Aber erfüllt die Türkei heute die Bedingungen eines Beitritts? Und ist die Union in der Lage ihr eine harmonische Integration anzubieten? Zu diesem Zeitpunkt ist die Antwort auf diese beiden Fragen „Nein“.

Jean-Marc Ayrault (PS), am 14.10.2004, zitiert nach „Le Figaro“, 15.10.2004.

„Man hat den Türken Versprechungen gemacht, aber auch den Europäern. Man hat den Europäern versprochen, dass die Erweiterung nicht ohne eine vorherige Vertiefung der Integration vorstatten gehen würde. [...] Man muss den Deutschen klar sagen, dass, wenn Frankreich beim Referendum „Nein“ zur Verfassung sagt, dies auch ein Problem für Deutschland sein wird.“

Sylvie Goulard während einer Genshagener Expertentagung am 8./9.10.2004, zitiert nach „Le Monde“, 12.10.2004.

„Es gibt einen ganz klaren Zusammenhang zwischen der Verfassung und dem Beitritt der Türkei. Zuallererst einmal, weil die Verfassung die politische Macht der Staaten an ihr demographisches Gewicht koppelt. Nun, die Türkei wird zu einem wahrhaften Koloss, mit 68 Millionen Einwohnern, davon 30 Prozent jünger als 15 Jahre, ohne von den 250 Millionen türkischsprechenden Menschen zu reden, die aus den Ländern des Kaukasus kommen. Die Regel der doppelten Mehrheit im Rat würde sehr schnell Ankara eine dominierende Rolle verschaffen, und Frankreich, in der Minderheit, würde keinerlei Gewicht mehr besitzen.“

Philippe de Villiers (MPF), Interview in „Le Figaro“, 12.10.2004.

„Die Debatte um die Türkei ist eine falsche Debatte: Für uns ist der Beitritt der Türkei keine Frage der Modalitäten oder Bedingungen, sondern eine Frage des Prinzips. Es geht nicht darum zu wissen, ob die Türkei die demokratischen Reformen vollzieht, die es ihr erlauben, der Europäischen Union beizutreten, das heißt, ob sie die Beitrittskriterien, die so genannten Kopenhagener Kriterien erfüllt.“

Im Kern der Diskussion steht eine einfache Frage: Hat die Türkei die Bestimmung, in die Europäische Union aufgenommen zu werden oder nicht? Für uns ist die Antwort Nein. Denn es ist keine türkische Frage, die uns gestellt wird, sondern eine europäische. Der Beitritt der Türkei stellt den Europäern die Frage nach der Natur Europas: Welches Europa wollen wir?

Der Beitritt der Türkei würde das europäische Projekt in radikaler Weise umstürzen: Die Natur Europas würde geändert werden. Europa hat nicht die Bestimmung, sich unendlich auszudehnen, und umso weniger auf nicht-europäische Länder: Das gemeinsame europäische Haus kann sich nicht bis ins Unendliche ausdehnen, ohne jegliche Bedeutung zu verlieren.“

Hervé Morin, Michel Mercier et Marielle de Sarnez (UDF), Meinungsartikel in „Le Figaro“, 12.10.2004.

„Man erklärt umsonst, dass die Zulassung einer Kandidatur nicht die Zulassung des Beitritts bedeutet, dass es hier nur um die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen gehe. ‘Paroles, paroles...’. Keinem Kandidat, seit 30 Jahren, wurde der Beitritt in die Gemeinschaft verweigert. [...] Der Beitrittskandidat wird, nach kürzerer oder längerer Zeit, Mitglied der Union werden. Das wird mit der Türkei genauso wie mit ihren Vorgängern sein. Deshalb erscheint das Anzeigen eines obligatorischen Referendums für die Ratifizierung des Beitrittsvertrages mit der Türkei durch Frankreich als eine Maskerade. Denn, nach zehn oder 15 Jahren der Verhandlungen und der Anstrengungen der Türkei, seine Gesetzgebung zu transformieren und das, was man den ‘acquis communautaire’ nennt, zu absorbieren, wird es für Frankreich unmöglich sein, zu diesem Land „Nein“ zu sagen, ohne eine außerordentliche Empörung der Türken hervorzurufen und eine schwere diplomatische Krise. Der Staatspräsident weiß das sehr genau. Diese angekündigte Verfassungsänderung, dieses obligatorische Referendum in zehn oder 15 Jahren sind nichts als Sand in die Augen. In Wirklichkeit wird der entscheidende Schritt im Dezember, bei nächsten Europäischen Rat getan werden.“

Robert Badinter (PS), Meinungsbeitrag in „Le Monde“, 22.10.2004.

„Die einzige Möglichkeit, den Beitritt der Türkei in die Europäische Union zu verhindern, ist ein Nein beim Referendum [zur Europäischen Verfassung, d.Red.].“

Nicolas Dupont-Aignan (UMP, souverainiste), zitiert nach „Le Figaro“, 29.10.2004.

„Solange die christlichen Wurzeln nicht in die Präambel der Verfassung aufgenommen werden, werde ich mit „Nein“ stimmen.“

Christine Boutin (UMP), zitiert nach „Le Figaro“, 29.10.2004.

„Ich verstehe nicht, dass der Staatspräsident die tiefe Reaktion einer großen Anzahl überzeugter, sehr erfahrener Europäer nicht berücksichtigt, zu allererst Valéry Giscard d'Estaing, aber auch Männer wie Robert Badinter oder Maurice Faure, die sagen: die Europäische Verfassung ist ein Schritt in Richtung eines integrierten Europas, aus diesem Grund muss sie unterstützt werden, während der Beitritt der Türkei genau in die andere Richtung geht. Dies verdient eine Erklärung, eine Auseinandersetzung über die Wahl, die Entscheidungen Frankreichs, die nicht allein die Entscheidungen des Präsidenten sind. Im Übrigen hört man aus dem Umkreis der europäischen Ratspräsidentschaft, dass Frankreich sich dafür einsetzt, dass die Türkei in einigen Tagen Mitunterzeichner der Europäischen Verfassung in Rom wird. Das ist offensichtlich das Symbol einer bereits getroffenen Wahl, einer bereits gefallenen Entscheidung. [...]

Die Aussicht, allein das französische Volk dazu zu befragen, einen Vertrag zu billigen oder abzulehnen, der in zehn oder 15 Jahren ganz offensichtlich abgeschlossen sein wird, erscheint mit völlig unrealistisch. Dies stellt das Problem falsch dar und spiegelt in starker Weise den Hintergrund der Haltung Jacques Chiracs zum europäischen Projekt wider. Ich sehe mit Erstaunen, dass alle Befürworter des Türkei-Beitritts gleichzeitig Befürworter eines Europas der konzentrischen Kreise sind, im Gegensatz zum föderalen und gemeinschaftlichen Europa, das der Vertrag schaffen will. Alles sieht danach aus, als ob der Staatspräsident ein Europa der Staaten wünscht, in dem die Entscheidungen zwischen Diplomaten getroffen werden, ganz gleich, wie die Meinungen der Bevölkerungen aussehen! Diese Vision ist gleichzeitig gefährlich und falsch.“

François Bayrou (UDF), Interview in „Le Figaro“, 28.10.2004.

Französisches Selbstbild

„Was am „Nein“ zur Kandidatur der Türkei schockiert, das ist das „niemals“, das es zu begleiten scheint. Dieses radikale instinktive Nein, das zu anderer Zeit das Nein gegenüber Deutschland oder das Nein gegenüber Großbritannien war, und das jedes Mal zugunsten des „Ja, wenn“ der Vernunft, der Öffnung und des Dialogs zurückgenommen wurde, und im Folgenden zum „Ja klar“ der letztlich anerkannten Schicksalsgemeinschaft geworden ist. Jedes Mal hat Frankreich aus zwei sehr unterschiedlichen Quellen den Mut, Ja zu sagen, geschöpft: Aus seiner universellen und republikanischen Berufung, die es dazu gebracht hat im Anderen, ob Person oder Nation, das gleiche menschliche Wesen zu suchen, jenseits aller nationalen, religiösen, territorialen, historischen oder rassischen Unterschiede. [...] Die gegenwärtige Position der Kommission, die nach Jahren der kontrollierten Kandidatur, die mit so vielen Sicherheitsvorkehrungen und Bedingungen versehen ist, dass das „Ja, wenn“ nahezu ein „Nein, außer wenn“ geworden ist, hat das Verdienst, eine positive Perspektive zu eröffnen. Aus französischer Sicht lässt sie uns Zeit, unsere Überlegungen reifen zu lassen. Nun, wir brauchen diese Zeit, bevor wir uns äußern können. Zuallererst, um uns zu fragen, ob wir Franzosen, als die europäische Nation, die am meisten gegenüber dem Süden geöffnet ist, also am verletzlichsten ist im Hinblick auf jede Krise, die am Mittelmeerraum ausbrechen könnte, ob wir nicht ein starkes Interesse daran haben, den dreifachen Kreis der Demokratie, der Laizität und der wirtschaftlichen Entwicklung, der uns stets Sicherheit und Wohlstand gebracht hat, auf den Süden auszuweiten. Um uns zu fragen, ob das, womit man der islamistischen Bedrohung, den Migrationsströmen aus den armen Ländern, den industriellen Delokalisierungen, den Risiken regionaler Konflikte am besten begegnen könnte, nicht rein zufällig genau diese Erweiterung Europas nach Süden wäre, die uns heute so Angst macht. [...] Ein „Nein, niemals“ würde uns auf unsere eigenen Schwächen zurückwerfen, ohne uns zu erlauben, diese zu überwinden.“

Renaud Dutreil, Ministre de la Fonction publique et de la Réforme de l'Etat, zitiert nach „Le Figaro“, 30./31.10.2004.

„In der Debatte, die sich in Frankreich entwickelt, geht es im Grunde nicht wirklich um die Kandidatur der Türkei. Es geht vielmehr um Frankreich, um seine Identität... und um seinen Niedergang.“

Piyale Madra, frankophone Türkin, Karikaturistin der Zeitung „Radikal“/Istanbul, zitiert nach „Le Monde“, 14.10.2004.

Das „Nein“ der Hoffnung

Warum die französischen Sozialisten die EU-Verfassung ablehnen

PERVENCHE BERÈS*

Als Mitglied des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union habe ich während der ganzen Zeit dafür gekämpft, dass Europa sich die Mittel und Werkzeuge gibt, um den anstehenden Herausforderungen begegnen zu können, nämlich denen der Zahl der Mitglieder und denen der Globalisierung, – damit unser Gesellschaftsmodell, das unsere Stärke ausmacht und bewirkt, dass wir der Welt etwas zu sagen haben, gestärkt wird. Beim Abschluss unserer Arbeiten habe ich meine Enttäuschung ausgedrückt, aber ich war mit anderen der Meinung, dass wir den in diesem Rahmen größtmöglichen Interessenausgleich erreicht hätten. Ich war auch der Meinung, dass die Staats- und Regierungschefs, wenn sie die Verhandlungen wieder aufnahmen, das erreichte Gleichgewicht nur würden zerstören können, und dass, wenn sie es täten, sie es wenigstens nicht nur auf der Grundlage der Wünsche derer tun sollten, die am wenigsten zu Europa beitragen wollten.

So wurde es ebenso notwendig wie nützlich, dass die sozialistische Partei Frankreichs ihre eigenen Anforderungen definierte. Eben das haben wir anlässlich unseres Nationalrates am 10. Oktober 2003 getan und dabei insbesondere eine größere Handlungs-

fähigkeit der Union im Steuer- und Sozialbereich, eine wirkliche Wirtschaftsregierung, Garantien zum Schutz und zur Entwicklung der Öffentlichen Dienste, eine größere Flexibilität der Mechanismen bei der verstärkten Zusammenarbeit und ein leichteres Revisionsverfahren für die Politiken der Union gefordert. Am Tag nach dem Europäischen Rat vom 18. Juni 2004 habe ich den dort gefassten Beschluss geprüft, habe bedacht, was an Rückschritten gemacht wurde und wo es an Fortschritten im Hinblick auf die von uns formulierten Anforderungen mangelte. Es schien mir, dass wir dieses Ergebnis nicht mehr verantworten konnten, dass alles möglich wurde und es am wünschenswertesten war, die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf Initiative der Sozialisten und auf der Basis eines französischen Neins zu erlangen.

Das „Vertragsprojekt, das eine Verfassung für Europa schafft“, so, wie es aus den Arbeiten des Konvents hervorgegangen war, stellte hinsichtlich der behandelten Punkte, das heißt im Wesentlichen bezüglich des ersten Teils „Definition und Ziele der Union“, einen relativen Erfolg dar. Der erklärt sich aus der Zusammensetzung des Konvents, die es erlaubte, einer strikt intergouvernementalen Logik zu entkommen. Wäre dieser Teil unver-

* *Pervenche Berès*, Europaabgeordnete (PSE), war Mitglied des Konvents zur Zukunft der Europäischen Union und ist Präsidentin des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments.

ändert geblieben, hätte dieses erste Verfassungsprojekt das Projekt eines „großen Europa“ sein können, das in der Lage gewesen wäre, in Zukunft auch mehr als 30 Mitglieder aufzunehmen.

Es stellte sich allerdings der Regierungskonferenz noch eine Aufgabe: Die Flexibilisierung der Revisionsmechanismen, um künftige Weiterentwicklungen zu ermöglichen. In dieser Frage des IV. Teils des Textes hatte der Konvent Selbstzensur geübt, als er sich entschied, gar nichts vorzuschlagen, weil es darum ging, die so genannte „Kompetenzkompetenz“ zu definieren, eine ihrem Wesen nach intergouvernementale Aufgabe. Eine aufmerksame Lektüre seines Auftrags, wie ihn der Europäische Rat in Laeken am 14./15. Dezember 2001 erteilt hatte, hätte dem Konvent jedoch erlaubt, die Definition selbst zu geben: „Man muss [...] über eine Anpassung der Verträge nachdenken. Muss man zwischen einem Grundlagenteil und anderen Verfügungen der Verträge unterscheiden? Muss sich diese Unterscheidung in einer Aufspaltung der Texte konkretisieren? Kann das zu einer Unterscheidung zwischen den Modifizierungs- und den Ratifizierungsprozeduren für den grundlegenden Teil und die anderen Verfügungen der Verträge führen?“

Die Konventsmitglieder wollten der Regierungskonferenz einen Text vorlegen, der so, wie er war, akzeptiert werden konnte, um so eine Wiedereröffnung der Debatten zu verhindern, die sich auf die beschlossenen Fortschritte nur nachteilig würde auswirken können. Die Staats- und Regierungschefs, die ein rasches Ende der Arbeiten wünschten, haben beim Ratsgipfel in Thessaloniki gemeint, dass der Konvent nicht den Auftrag hätte, diesen Punkt zu behandeln. Der Konventspräsident Valéry Giscard d'Estaing war zwar darüber verärgert, nicht die notwendige Fristverlängerung für die Vollendung der Arbeiten zu erhalten, aber er hat dieser Begrenzung zugestimmt. Die Konventsmitglieder hätten hinsichtlich der noch offenen Fragen einen

Text mit verschiedenen Optionen redigieren müssen, wie es der Europäische Rat in Laeken nahegelegt hatte. Sie haben es nicht getan, und einer der Punkte, auf die sich die Regierungskonferenz nach angespannten und schwierigen Verhandlungen geeinigt hat, war der, dass man nicht an die Revisionsklausel rühren und sie unter gleichen Bedingungen auf die institutionellen und die politischen Teile anwenden wollte. Manche sagen uns heute, dass das nur die Fortführung des existierenden Systems bedeute und sich also nichts ändere. Das ist nicht ganz richtig in einem Europa der 25; der Text wird sich schwerer weiterentwickeln lassen als zu 15. Der Hinweis auf Nizza ist gegenstandslos, weil er auf einen Vertrag verweist, der bei Beginn der Verhandlungen noch nicht in Kraft war und den der Konvent eben in diesen Punkten modifizieren sollte, wie es der *Dehaene*-Bericht noch vor Nizza nahegelegt hatte.

Inakzeptabler Vertragstext der Regierungskonferenz

Wir haben hier einen strategischen Fehler begangen: Die Staats- und Regierungschefs haben nicht darauf verzichtet, die Diskussionen wieder zu eröffnen und gegenüber dem Textentwurf schwerwiegende Rückschritte zu beschließen. Und sie sind nicht in der Lage gewesen, ihren Auftrag richtig zu erfüllen, der darin bestand, die Revisionsklausel des Textes weiterzuentwickeln. Die jüngste Vergangenheit verdeutlicht uns die Auswirkungen der dem Text durch die Regierungskonferenz zugefügten Schäden. So hat sie den Vorschlag des Konvents abgelehnt, jeden Mitgliedstaat dazu zu verpflichten, jeweils drei Kandidaten für einen Kommissarsposten anzugeben. Bei der Aufstellung der Kommission Barroso hätte dies jedoch erlaubt, die Affäre Buttiglione und den Fall Nelly Kroes zu vermeiden.

Mehrere andere Gesichtspunkte verdienen unsere Aufmerksamkeit: Erstens haben

die Staats- und Regierungschefs den Textentwurf des Konvents in einem Kernpunkt beschädigt, im Punkt des Entscheidungsprozesses. Sie haben die notwendigen Schwellen für eine qualifizierte Mehrheit im Ministerrat heraufgesetzt auf 55 Prozent der Staaten und 65 Prozent der Bevölkerung (anstelle von 50 Prozent der Staaten und 60 Prozent der Bevölkerung). Dies reduziert rein mathematisch die Anzahl der „gewinnenden Kombinationen“. Die Regierungskonferenz hat außerdem den Entscheidungsprozess verkompliziert, indem sie ihn mit ergänzenden Kriterien (die 55 Prozent der Staaten müssen mindestens 15 Mitgliedstaaten umfassen, eine Sperrminorität mindestens vier) und einer „Einspruchsklausel“ versehen hat (die es einer Sperrminorität von 26 Prozent der Bevölkerung oder 33 Prozent der Staaten bis 2014 erlaubt, eine Abstimmung zu verhindern, und zeitlich darüber hinaus, wenn der Rat dieses System verlängern sollte).

Im Hinblick auf die Anwendungsbereiche der Mehrheitsentscheidungen ist die Regierungskonferenz in mehreren Bereichen, wo der Konvent eine Mehrheitsentscheidung erkämpft hatte, zur Einstimmigkeit zurückgekehrt. Diese Abänderungen berühren die Natur des politischen Projektes selbst, das durch den Text transportiert wird, da damit Weise der Kampf gegen Steuerhinterziehung und die illegale Steuerflucht betroffen ist, oder aber die Errichtung von Kooperationsstrukturen im Bereich der Verteidigung. Die Verhandlung des mehrjährigen Budgets gehört ebenso zu den Fällen, in denen die Regierungskonferenz zur Einstimmigkeitsregel im Ministerrat zurückgekehrt ist. Darüber hinaus hatte der Konvent in Budgetfragen dem Europäischen Parlament das letzte Wort zu allen Ausgaben zugeschrieben, während die Regierungskonferenz dem Europäischen Parlament das letzte Wort im Falle eines Scheiterns des Vermittlungsausschusses entzogen hat.

Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion wurde die Zuständigkeit der Union für die Förderung und Koordinierung der Wirtschaftspolitik durch die Regierungskonferenz geschwächt: Sie verweist auf die Mitgliedstaaten, wo der Konvent eine Zuständigkeitskompetenz der Union vorgesehen hatte. Während seiner Anhörung als designierter Kommissar vor dem Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments hat Joaquín Almunia im Übrigen den Rückschritt der Regierungskonferenz in diesem Bereich bedauert. Um die Schlussfolgerungen des deutschen Ökonomen Wolfgang Munchau zu übernehmen: „Das Problem der Verfassung besteht darin, dass sie das jetzige System der Wirtschaftspolitik, das schwach ist, unangetastet lässt. Sie wird ganz einfach keinen Rahmen für eine politische Union darstellen können, der in der Lage ist, eine Währungsunion langfristig zu stützen. Valéry Giscard d'Estaing [...] hat vorausgesagt, dass diese Verfassung 50 Jahre halten wird. Hoffen wir, dass er sich irrt. Wenn er Recht behält, könnte die Verfassung den Euro überleben.“¹

Letztlich ist das Ergebnis der Regierungskonferenz im Allgemeinen weit hinter den Erwartungen der anspruchsvollen Europäer geblieben, im Besonderen hinter denen der französischen Sozialisten. Robin Cook hat dies jüngst in einem Plädoyer für den Verfassungstext² geschrieben: „Es ist paradox, dass die Europäische Verfassung zur Zielscheibe der Angriffe derer geworden ist, die eine föderale Entwicklung Europas beklagen. Sie sollten sich über eine Verfassung freuen, die dem Föderalismus einen herben Schlag versetzt und das Machtgleichgewicht zugunsten der Mitgliedstaaten verschiebt. [...] In der Sprache Brüssels wird die zukünftige Führung der Europäischen Union weniger supranational und mehr intergouvernemental sein.“ Aber das, was die Beschädigung des Verfassungstextes noch inakzeptabler macht, ist die Blockadesituation, in die uns die Ratifizie-

zung dieses Verfassungsvertrages einschließt, eine Situation, die in erster Linie auf die extreme Starrheit des vorgesehenen Revisionsverfahrens zurückzuführen ist.

Eine starre Verfassung ohne Projekt für die Zukunft

Zum ersten Mal fehlen die notwendigen Mittel, um die nächste Etappe der europäischen Konstruktion in Angriff zu nehmen: Das Einstimmigkeitsprinzip der 25 Staaten verringert die Möglichkeiten einer Revision der Verfassung; der Text sieht keine Projektion, keine Weiterentwicklung für die Zukunft vor; die Mechanismen für die verstärkte Zusammenarbeit sind nicht verbessert worden. Der Verfassungsvertrag für Europa sieht vier unterschiedliche Revisionsverfahren vor. Diese verschiedenen Szenarios haben eines gemeinsam: Sie erfordern alle die einstimmige Zustimmung der Mitgliedstaaten. Nun ist Einstimmigkeit zu 25 sehr viel schwieriger als zu 15 zu erreichen, umso mehr, als die Europäische Union sehr viel heterogener geworden ist.

Im Gegensatz zu allen Verträgen seit Maastricht, sieht dieser Text keinerlei Klausel für eine zukünftige Überarbeitung vor. Keinerlei spätere Etappe der europäischen Integration wird anvisiert. Ist der Konventspräsident, *Valéry Giscard d'Estaing*, nicht der Meinung, dass diese Verfassung für die Dauer von 50 Jahren geschrieben ist? Dieses Fehlen einer Vorausschau in die Zukunft sagt viel über den aktuellen Zustand der europäischen Dynamik aus. Zum ersten Mal am Ende einer Regierungskonferenz ist die Gruppe der Länder, die über das Vereinbarte noch hinausgehen wollen, in der Minderheit. Es existiert außerdem ein wachsendes Misstrauen der großen Länder gegenüber dem kollektiven europäischen Spiel, das das Fehlen einer europäischen Perspektive in diesem Text erklärt. Die Erklärung zum Stabilitätspakt im Anhang des Verfassungsvertrages spricht

in dieser Hinsicht Bände: Die Niederlande wünschten sich die stärkere Anwendung der Gemeinschaftsmethode innerhalb des Paktes, die es der Kommission ermöglichen würde, den Gerichtshof gegen einen Mitgliedstaat anzurufen, der die Regeln des Paktes nicht respektiert. Deutschland war gegen diesen Vorschlag. Aber anstatt diesen Vorschlag am runden Tisch mit allen europäischen Partnern zu diskutieren, wo eine einstimmige Zustimmung sehr unwahrscheinlich gewesen wäre, hat Deutschland auf bilateraler Ebene mit den Niederländern verhandelt, um den Status quo zu garantieren, – als Gegenleistung für eine Erklärung zum Stabilitätspakt im Anhang der Verfassung, in demselben Moment, in dem Deutschland eine Revision des Paktes wünscht. Diese Herangehensweise ist bezeichnend für die zunehmende Schwierigkeit der großen Staaten, ihre Interessen als übereinstimmend mit dem allgemeinen europäischen Interesse anzusehen.

Diese beiden Phänomene provozieren zusammen die aktuelle Krise des europäischen Projektes. Im Gleichgewicht der europäischen Konstruktion ist die Vertiefung oftmals der Erweiterung gefolgt. Das, was wir zu 15 in Amsterdam oder Nizza nicht geschafft haben, müssen wir jetzt mit diesem Verfassungsprojekt erfolgreich meistern, angespornt durch den Realität gewordenen Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten. Aber der Verfassungsvertrag, so wie er uns heute vorgeschlagen wird, erbringt nicht die erforderliche Vertiefung. Er bewältigt die Herausforderung nicht, wie es zum Beispiel der Maastrichter Vertrag mit der Schaffung des Euro getan hat. Er liefert kleine Korrekturen zum Vertrag von Nizza, aber kein Projekt, um Europa nach vorne zu bringen. Es gibt eine Kluft zwischen dem demonstrierten Willen, mit der Verabschiedung einer Verfassung einen politischen Schritt nach vorne zu machen, und dem politischen Inhalt dieses Verfassungstextes, der im Wesentlichen alles beim Alten lässt.

Unter diesen Bedingungen hätte die einzige Möglichkeit, den Text annehmbar für die Anhänger einer stärkeren Integration zu machen, darin bestanden, die verstärkte Zusammenarbeit zu erleichtern. Aber der vorgesehene Mechanismus für die verstärkte Zusammenarbeit macht ihr Zustandekommen sehr unwahrscheinlich. Das Verfahren sieht vor, dass auf Initiative eines Drittels der Staaten die Kommission einen Vorschlag vorlegt, um den Prozess in Gang zu bringen (ausgenommen die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik). Aber nichts verpflichtet die Kommission, einen solchen Vorschlag zu erarbeiten, und die Erlaubnis, im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit voranzuschreiten, ist der Zustimmung des Europäischen Parlaments unterworfen. Auch hier hat die Regierungskonferenz das Ergebnis des Konvents gemindert: Rückkehr zur Einstimmigkeit für den Beginn der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der GASP, die Möglichkeit, eine Passerelle-Klausel zu verwenden, die aber entfällt, wenn die geplante Gesetzgebung Auswirkungen auf den Bereich des Militärs und der Verteidigung hat. Es ist also nicht verwunderlich, dass Pascal Lamy, der kürzlich zur Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit befragt wurde, antworten konnte: „Ich befürworte sie, wie jedermann. Aber ich mache mir keine Illusionen. Sie hat niemals funktioniert.“³

Im Hinblick auf ihren Anwendungsbereich ist die verstärkte Zusammenarbeit sehr begrenzt. Sie kann nur außerhalb des Bereichs der exklusiven Kompetenz der Union initiiert werden, dies schließt alle Fragen mit Auswirkungen auf das Wettbewerbsystem oder auf die Währungspolitik (für die Länder der Eurozone) aus. Der Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit muss „die Verfassung und das Recht der Union“ respektieren und darf weder „den Binnenmarkt verletzen“, „noch ein Handelshemmnis oder eine Diskriminierung zwischen den Mitgliedstaaten darstellen, oder eine Wettbewerbs-

verzerrung zwischen ihnen provozieren.“ Die Annahme dieser Verfassung wäre also gleichbedeutend mit einer Blockade, umso mehr, als es in naher Zukunft schwierig sein dürfte, einen Text zu verändern, dem 25 nationale Ratifizierungen und mehr als zehn Referenden eine sehr starke Würde und demokratische Legitimität verliehen hätten. Das Nein öffnet, ganz im Gegenteil, Zukunftsperspektiven, um diesem schlingernden Kahn Europa einen Kurs und einen Kompass zurückzugeben.

Die Isolierung: ein schlechtes Argument

In der französischen Debatte, und im Besonderen innerhalb des Parti socialiste, dramatisieren die Verteidiger der Verfassung die Konsequenzen einer Ablehnung des Textes durch Frankreich. Sie entwerfen ein Szenario der Krise und der Isolierung. Diese Argumente halten einer Analyse kaum Stand. Die umfangreiche und tiefgehende Diskussion, die derzeit den französischen PS beschäftigt, hat den Anschein einer Sonderrolle in der Landschaft der europäischen Sozialdemokratie. In Wirklichkeit gibt es zahlreiche Anhänger dieser Parteien, die die Überzeugung ihrer führenden Persönlichkeiten nicht teilen.

Unter diesen Bedingungen gibt es Handlungsspielräume für die Überzeugungsarbeit. Der jüngste Sieg des Europäischen Parlaments gegenüber der Kommission Barroso ist reich an Lektionen: Die französischen Sozialisten, die anfangs isoliert waren, haben schließlich ihre Kollegen überzeugt, da sie vereint eine richtige Linie vertraten. Aber vor allem sollten die zu diesem Anlass vorgebrachten Argumente der großen sozialistischen Persönlichkeiten dieses Parlaments diese dazu bringen, ihre Haltung zur Verfassung umso mehr zu hinterfragen. So erklärte Josep Borrell, Präsident des Europäischen Parlaments: „Wenn man sich einer Prüfung

unterzieht, muss man wissen, dass man gewinnen oder verlieren kann. Wenn man uns nach unserer Meinung fragt und wir aber nicht Nein sagen können, dann muss man uns nicht fragen, das ist Demokratie. Wenn es zu einem Nein kommt, dann gibt es Mechanismen, die für einen solchen Fall vorgesehen sind. Die Kommission, die nur mit einer schwachen Mehrheit bestätigt wurde, wird eine schwache Kommission sein. Europa braucht eine starke Kommission.“ Und Martin Schulz, Präsident der PSE-Fraktion, war der Meinung, dass „diejenigen, die Nein zu dieser Kommission sagen, diejenigen sind, die Europa stärken.“ In gleicher Weise brauchen wir ein starkes Europa, und indem wir zu dieser Verfassung Nein sagen, stärken wir Europa. Alle, die an das europäische Ideal glauben, müssen sich vor einem Übermaß an Nachsicht mit dem Objekt ihres Traumes hüten: Dies würde ihm keinen Dienst erweisen.

Die Rhetorik der Krise

Würde die Europäische Union im Fall einer Ablehnung des Verfassungsprojektes durch einen oder mehrere Mitgliedstaaten wirklich in einer nie dagewesenen Krise versinken, wie die Anhänger des Ja es vorgeben? Zuallererst einmal: Wir haben Zeit. Wenn die Verfassung angenommen werden würde, würde sie im Wesentlichen 2009 in Kraft treten, vollständig 2014. Ein französisches Nein im Herbst 2005 würde eine Phase von vier Jahren beenden, die mit dem Beginn der Arbeiten des Konvents im Februar 2002 begonnen hat. Es würden noch vier Jahre verbleiben, bevor der Text in Kraft tritt, und diese neue Verhandlung würde zum einen von der enormen bereits geleisteten Arbeit profitieren, zum anderen sind die Änderungen, die wir verlangen, bedeutsam, aber gezielt.

Zum Zweiten können die Regierungen, die diesen Text unterzeichnet und verteidigt haben, natürlich nicht von heute an an der

Ausarbeitung von Alternativen arbeiten, da dies ihr Eintreten für seine Ratifizierung schwächen würde. Aber diese Alternativen sind bereits Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Arbeiten, die nicht zu dem Schluss einer Katastrophe kommen.⁴ Die Regierungen haben in der Tat zuviel Energie und Glaubwürdigkeit in dieses Verfassungsprojekt investiert, um nicht zu versuchen, es zu retten. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie „das Handtuch werfen“ und sich damit zufriedengeben, zum Vertrag von Nizza zurückzukehren. In diesem Sinne muss die Erklärung N°30 im Anhang des Vertrags interpretiert werden, die zum ersten Mal in einem Vertrag der Union festsetzt, dass „wenn nach einer Frist von zwei Jahren seit der Unterzeichnung des Vertrages [...], vier Fünftel der Mitgliedstaaten den genannten Vertrag ratifiziert haben und ein oder mehrere Mitgliedstaaten Schwierigkeiten beim Ratifizierungsprozess begegnet sind, wird sich der Europäische Rat mit der Frage befassen.“ Man kann sich nicht vorstellen, dass eine solche Bestimmung im Fall eines Neins aus Holland, Malta, oder Großbritannien, nicht jedoch bei einem Nein aus Frankreich gültig wäre!

Schließlich löst der jetzige Verfassungstext nicht im Geringsten die bereits bestehende Krise: Sie ist wirtschaftlicher, sozialer und demokratischer Natur. Im Laufe der Verträge haben wir akzeptiert, die Konstruktion eines sozialen Europas zurückzustellen, um die Vorbedingungen (einen gemeinsamen Markt, eine gemeinsame Währung...) zu errichten. Die Verfassung und die Geburt eines Politischen Europas sollten uns erlauben, den Sprung zu wagen. Nun ist aber die Sozialpolitik die große Abwesende dieses Rendezvous. Noch einmal, – man kann den Bürgern nicht sagen: „Stimmt mit Ja, auf dem Gebiet der Sozialpolitik machen wir beim nächsten Mal Fortschritte.“ Weder Frankreich, Deutschland noch die anderen Wohlfahrtsstaaten Europas werden sich mit dieser

Verfassung wohl fühlen, und Europa kann nicht voranschreiten, ohne dass seine Bürger sich in ihm wiedererkennen. Die unaufhaltsam ansteigenden Wahlenthaltungsquoten bei den Europawahlen veranschaulichen diese Kluft zwischen Europa und seinen Bürgern, die sich im Hinblick auf ihre Bedürfnisse nach der Angemessenheit des von den europäischen Politiken eingeschlagenen Kurses fragen, die seit den Anfängen der Union Stück für Stück eingeführt worden sind.

Die Diskussion über die Verfassung liefert uns eine einzigartige Möglichkeit, zu der Beziehung zwischen Europa und seinen Bürgern Bilanz zu ziehen: Zum ersten Mal anlässlich einer Reform des europäischen Vertragswerks werden diese sich nicht nur über die Neuerungen, sondern über die Gesamtheit der versammelten Politiken äußern, aufgrund der vollständigen Neufassung der Verträge. Die Durchführung eines Referendums setzt voraus, dass beide Ergebnisse möglich sind. Infolge eines Neins der Bevölkerung eines Gründungsmitglieds wie Frankreich werden die Sorgen und Berunruhigungen der Bürger, die zu häufig vernachlässigt wurden, ernst genommen werden müssen. In dieser Hinsicht ist es aufschlussreich, dass der Konvent, trotz einiger Bemühungen hinsichtlich der Zivilgesellschaft, mehr damit beschäftigt war herauszufinden, was für die Regierungen akzeptabel ist, als für die Bürger. Ein französisches Nein kann also die Gelegenheit sein, das europäische Projekt durch seine eigentliche Kraft wieder in Gang zu bringen, das heißt eher durch sein Gesellschafts- und Sozialmodell als durch seinen Markt. Wenn man an ein anderes Nein aus Frank-

reich denkt (dasjenige, das 1954 zum Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft geführt hat), so kann man sicherlich die Meinung vertreten, dass dieses Nein über 50 Jahre hinweg jeglichen europäischen Fortschritt auf dem Gebiet der Verteidigung verhindert hat. Aber man kann es auch als Ausgangspunkt einer drei Jahre später erfolgten neuen Herangehensweise betrachten, die den Geisteshaltungen der Staaten und der europäischen Völker gerechter wurde und die es erlaubte, die Dynamik der europäischen Integration mit Erfolg bis zum heutigen Tag zu transportieren.

Die Staats- und Regierungschefs haben den Entwurf des Konventes zu sehr beschädigt und zu wenig vervollständigt, als dass das erreichte fragile Gleichgewicht akzeptabel bliebe. Es kommt also den anspruchsvollen Europäern zu, nicht zu verzichten, sondern Widerstand zu leisten, indem sie Nein zu dieser Verfassung sagen, damit die Verhandlungen morgen wieder eröffnet werden können, um drei unabdingbare Fortschritte zu erzielen: eine wirkliche Verfassung ohne die Beifügung aller gemeinsamen Politiken, einen vereinfachten Mechanismus der verstärkten Zusammenarbeit, der diese auch möglich macht, und Revisionsmöglichkeiten, die es erlauben, der Sackgasse der Einstimmigkeit zu entkommen. Diejenigen, die die letzten Europawahlen gewonnen haben, indem sie Wahlkampf für ein soziales Europa machten, können heute nicht Ja zu einem liberalen Europa sagen. Auf diese Weise werden die Europäer die Verbundenheit der Bürger mit ihrem Zukunftsprojekt zurückgewinnen können.

1 „Financial Times“, 6.9.2004.

2 „The Guardian“, 29.10.2004.

3 „Europe: vivre ensemble, Entretien avec Pascal Lamy“. In: „Politique internationale“, September 2004.

4 Sie waren zum Beispiel Gegenstand der Eröffnungssitzung des Jahreskolloquiums des niederländischen T.M.C. Asser Instituts für Europarecht, das in Den Haag vom 13.–16. Oktober 2004 stattgefunden hat.

Dossier

Der lange Weg zur Europäischen Verfassung

Historischer Rückblick gegen die Europaskepsis

ALFRED FRISCH*

Wer schon kurz nach dem Abzug der deutschen Truppen aus Frankreich als kleines Glied der noch recht schüchternen Europabewegung am Bemühen um einen zunächst nur lose skizzierten europäischen Einigungsprozess beteiligt war, der weiß die inzwischen erzielten Fortschritte zu würdigen und ist schon deshalb gegen die reichlich verbreitete Europaskepsis gefeit. Den Ausgangspunkt bildeten um 1925 die ersten Broschüren der Paneuropabewegung des Grafen Coudenhove-Kalergi. Es begeisterte der Zukunftsraum eines geeinten Kontinents, befreit vom Alldruck immer grässlicherer Kriege.

Der 1925 nach dem Ort seiner Unterzeichnung benannte Locarno-Park – ein erster Versuch deutsch-französischer Aussöhnung – war für den französischen Außenminister Aristide Briand Wegweiser in Richtung eines geeinten und befriedeten Kontinents, für seinen deutschen Partner Gustav Stresemann vor allem ein wichtiger Schritt der Wiedereingliederung seines Landes in die Völkergemeinschaft. Viele träumten damals von der Errichtung einer Europäischen Union, die allerdings noch in utopischer Ferne zu liegen schien. Die Brutalität des bald aufkommenden Nationalsozialismus ließ ihr ohnehin keinen Raum. Er trieb vielmehr Missbrauch mit dem Europaideal, indem er

vorspiegelte, es unter seiner mörderischen Flagge zu verwirklichen.

Das europäische Ideal – oder, besser gesagt, die europäische Vernunft – war dennoch tiefer in die politische Gedankenwelt eingedrungen, als man erwarten durfte. Bereits vor dem offiziellen Kriegsende gab Clement Attlee, Premierminister der britischen Labourregierung, die Losung aus, man müsse sich föderalistisch in Europa organisieren, oder man werde sterben. Selbst General de Gaulle ließ es in seinen ersten Nachkriegsreden an Anspielungen auf die Notwendigkeit eines engeren europäischen Zusammenschlusses nicht mangeln. Zum Apostel der europäischen Einheit wurde schließlich 1946 Winston Churchill in seiner berühmten Züricher Rede, mit der bekannten Einschränkung, Großbritannien nicht in die empfohlene Gemeinschaft einzubeziehen. Die Menschen jener Zeit, die kriegsgeplagten Völker, hatten allerdings andere Sorgen und schienen die Melodien der Zukunftsmusik einiger Politiker nicht besonders ernst zu nehmen.

Es verblieben aber einige Rufer in der Wüste. Unter Berufung auf die föderalistische Lösung Attlees gründeten sie in Paris Ende 1944 die erste europäische Wochenzeitung „Libertés“, finanziert von der den Sozialisten nahe stehenden Pariser Tageszei-

* Alfred Frisch ist Presse- und Rundfunkkorrespondent in Paris.

tung „Franc Tireur“. Ihre unbezahlten Mitarbeiter waren Idealisten verschiedenster politischer Tendenzen, die sich des Niedergangs Europas voll und ganz bewusst waren und einen Ausweg aus dem politisch-ideologischen Chaos der Nachkriegszeit suchten. Niemand jedoch glaubte ernstlich, in absehbarer Frist die europäische Idee in eine politische Realität verwandeln zu können. So war es auch nicht verwunderlich, dass das Wochenblatt nach wenigen Monaten mangels Nachfrage sein Erscheinen einstellen musste.

Erste Ansätze und Strömungen der Europabewegung

Das Tempo des europäischen Integrationsprozesses ging jedoch über alle optimistischen ebenso wie über die skeptischen Erwartungen hinaus. Bereits etwas über zwei Jahre nach Beendigung des Krieges mussten sich die Europäer zusammensetzen, um in einigermaßen geordneter Form mit den Milliarden des amerikanischen Marshallplanes ihren Wiederaufbau zu organisieren. Ein zweiter Meilenstein war der erste große Europakongress in Den Haag mit zukunfts-trächtigen Entschlüssen, die allerdings damals noch utopischen Charakter hatten. Der dritte Anstoß zu europäischen Entwicklungen kam mit der Gründung des Europarates 1949, – ein erstes europäisches Organ, zwar ohne große Befugnisse, aber zumindest ein Hoffnungsträger für die Zukunft.

Von der ersten Stunde an – so erlebt etwa in der kleinen Redaktionsstube des Wochenblattes „Libertés“ – gab es in der Europabewegung zwei Strömungen, die zu keinem Kompromiss gelangen konnten. Auf der einen Seite standen die „Maximalisten“, die eine Föderation als einzig tragende Lösung erstrebten, auf der anderen die „Realisten“, die glaubten, das ersehnte Ziel eines geeinten Kontinents nur Schritt für Schritt erreichen zu können. Für sie war und blieb es wichtiger, Mechanismen zu schaffen oder zu ver-

stärken, als einen Föderalismus zu predigen, der im Übrigen in Frankreich dem Modell des zentralisierten Einheitsstaates eher folgte als dem der deutschen Bundesrepublik. In der Praxis haben die „Realisten“ Recht behalten, aber trotzdem bleibt jeder neue europäische Vertrag der unzufriedenen Kritik der Maximalisten ausgesetzt, denen alles viel zu langsam geht. Man darf übrigens daran erinnern, dass sie in Erwartung der schließlich gescheiterten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu deren Konsolidierung die Verabschiedung einer europäischen Verfassung gefordert hatten. Recht paradox wurde der erste Entwurf in der beratenden europäischen Versammlung, dem Embryo des heutigen Europaparlaments, von dem orthodoxen und oft betont antieuropäischen Gaullisten *Michel Debré* ausgearbeitet.

Inzwischen sind fünf Jahrzehnte verstrichen, und die europäische Verfassung befindet sich im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Ein Beweis dafür, dass ohne „realistisch“ bedingte Geduld das europäische Ziel nicht zu erreichen ist. Vielleicht befinden sich der deutsche Bundeskanzler und der französische Präsident als Mittler zwischen den extremen Positionen auf dem richtigen Weg, wenn sie für die Zukunft von einer europäischen Föderation der Nationen sprechen. Es sei auch daran erinnert, dass General *de Gaulle* intern bereits zu Beginn der 1960er Jahre einigen seiner engen Mitarbeiter erklärte, natürlich werde es eines Tages eine europäische Föderation geben, aber ohne ihn. Das „ohne ihn“ sollte besagen, dass für ihn auf Grund seiner Tradition und seines Lebensweges der Verzicht auf die nationale Souveränität unvorstellbar war und der Aufbau eines föderalen Europas langer Fristen bedurfte.

Der erste entscheidende und kühne Schritt auf dem Wege zu einer europäischen Union war der Schumanplan für die gemeinsame Kontrolle von Kohle und Stahl, den beiden strategisch und machtpolitisch wichtigs-

ten Rohstoffen, durch eine Hohe Behörde mit beschränkten, aber europäisch zielbewusst eingeräumten supranationalen Funktionen. Vor allem sollte die Montanunion das Fundament legen für die angestrebte deutsch-französische Aussöhnung. Fünf Jahre nach Beendigung des blutigen Krieges war dieser hoch politische und symbolische Schritt im Mai 1950 eine große Überraschung und ein kühnes Wagnis. Offenbar war jedoch die Zeit hierfür schon reif, denn in der breiten öffentlichen Meinung Frankreichs überwogen bei weitem die positiven Reaktionen.

Krise und Neubeginn

Zwei Jahre nach der Installierung der Montanunion in Luxemburg kam die erste schwere Krise der Europapolitik, der Schiffbruch der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Ausschlaggebend für den Plan waren der amerikanische Druck zugunsten der deutschen Wiederaufrüstung sowie Frankreichs Wunsch, Deutschland aus der amerikanisch dominierten NATO herauszuhalten, damit es sich nicht französischer Kontrolle entzöge. Aber die Zeit war noch nicht reif für einen derart weitreichenden Schritt. De Gaulle etwa drohte wegen des mit der Europaarmee verbundenen Souveränitätsverzichts, zusammen mit den Kommunisten eine Revolution auf Frankreichs Straßen zu entfesseln, sollte es zur Ratifizierung im französischen Parlament kommen. Auch gaben sich nicht wenige nach der verheerenden Niederlage bei Dien Bien Phu der realitätsfernen Hoffnung hin, im Gegenzug zu einem Verzicht auf die von Moskau heftig kritisierte EVG russische Unterstützung in Vietnam gewinnen zu können. Im Sommer 1954 fehlten dennoch nur wenige Stimmen zur Mehrheit bei der Abstimmung über die EVG. Zum Scheitern des Vertrags trugen bei: die Regierung *Mendès-France*, die sich der Stimme enthielt, der rechte, ziemlich nationalistische Flügel der Sozialisten, die moskaugläubigen Kolo-

nialisten und nicht zuletzt eine Wirtschaftslobby, welche die Ausschließlichkeit der Belieferung der nationalen Armee mit allen Versorgungsgütern durch französische Firmen abzusichern wünschte. Nach dem Fiasko sahen fast alle in der europäischen Idee nur noch einen traurigen Scherbenhaufen.

Aber offensichtlich war diese Idee bereits damals, vor 50 Jahren, stark genug, um wie ein Phönix aus der Asche der Verteidigungsgemeinschaft als politische Realität emporzusteigen. Auf die schnelle Umgestaltung der 1947 als Schutzpakt gegen eine etwaige neue deutsche Bedrohung gebildete Westeuropäische Union in ein grundsätzlich entwicklungsfähiges europäisches Verteidigungsforum folgte völlig unerwartet der wirklich kühne Sprung in den Gemeinsamen Markt, ein europäischer Aufschwung, von dem kurz vorher selbst überzeugte Europäer kaum zu träumen gewagt hätten. Die Auferstehungskraft des europäischen Ideals erklärt sich aus dem starken politischen Willen, die Völker vor weiteren mörderischen Kriegen zu bewahren und ihre Sicherheit durch die Schaffung einer Schicksalsgemeinschaft zu gewährleisten. Natürlich spielte auch die im Kalten Krieg vorherrschende Atmosphäre, insbesondere die Erfahrung der blutigen Niederwerfung des Ungarn-Aufstands durch die Rote Armee, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Für Frankreich förderte dann aber vor allem die Suez-Krise, genauer, der durch Washington und Moskau erzwungene Abbruch militärischer Aktionen gegen Ägypten, die Einsicht, dass man ohne einen starken Partner in Europa weltpolitisch keine große Rolle mehr spielen konnte.

Schon ein Jahr später brachten die Römischen Verträge von 1957 einen neuen Schwung in den Einigungsprozess. Die allseits fühlbare Befürchtung, dass der 1958 an die Macht zurückgekehrte *de Gaulle* die erste Etappe des Zollabbaus 1959 zumindest hinausschieben werde, erwies sich schnell als unbegründet. Erst vor der entscheidenden Etappe, dem

Übergang zur Mehrheitsabstimmung, stoppte der General den Integrationsprozess, ohne allerdings die völlige Entmachtung der Brüsseler Kommission durchsetzen zu können.

De Gaulles Versuchs, Europa zu benutzen, um Frankreichs Weltmachtstellung auf dem internationalen Parkett, insbesondere gegenüber den Angelsachsen, geltend zu machen, war dem europäischen Einigungsprozess naturgemäß nicht gerade förderlich. Sein Drängen darauf, die Briten aus Europa herauszuhalten und ein rein zwischenstaatlich organisiertes Europa zu etablieren, ließ, insbesondere wegen der Bedenken der Belgier und Niederländer, konsequenterweise auch seinen Plan einer stärkeren politischen und diplomatischen Zusammenarbeit in Europa, den Fouchet-Plan, 1962 scheitern. Für Europa war das möglicherweise ein Missgeschick, wie der ehemalige belgische Außenminister *Paul-Henri Spaak* während eines letzten Abschiedsessens in Paris meinte. Sein energischer Widerstand gegen den Fouchet-Plan, der sich aus seinem mangelnden Vertrauen in die guten Absichten *de Gaulles* erkläre, sei vielleicht ein großer Fehler gewesen. Es gab jedoch für solches Misstrauen gute Gründe, hatte *de Gaulle* doch selbst im gleichen Jahr erklärt, dass das von ihm gewünschte Europa nur dazu dienen solle, Frankreich jene führende Rolle in der Welt wiederzugeben, die es in Waterloo verloren habe.

Zögerliche Fortschritte

Eine Reihe weiterer Krisen verzögerten, aber verhinderten nicht die schrittweise Verwandlung des ursprünglichen gemeinsamen Marktes aus einer Zollunion in eine echte Wirtschaftsgemeinschaft. Selbst, als *de Gaulle* 1965 die Politik des leeren Stuhls praktizierte, um das nationale Vetorecht zu verteidigen, ging die Erfolgsgeschichte der EWG weiter. Der Kompromiss mit dem französischen Präsidenten war zwar unumgänglich gewesen, aber er beendete nicht die weitere Entwick-

lung Europas, ebenso wenig wie einige Jahre später der Kompromiss mit der britischen Premierministerin *Maggie Thatcher*, die Ausgleichszahlungen für Großbritannien, den berühmten Scheck, erzwang.

Der Einigungsprozess litt wiederholt unter Perioden der Stagnation, aber er musste keine Rückschritte hinnehmen, und die vereinbarten Spielregeln wurden von keinem Partner infrage gestellt. In diesem Zusammenhang sollten sich vor allem die Euroskeptiker der Tragweite des Euro bewusst sein. Als der luxemburgische Regierungschef *Werner* mit dem nach ihm benannten Plan vor vier Jahrzehnten zum ersten Mal eine gemeinsame Währung in die Diskussion brachte, sahen darin selbst die überzeugtesten Anhänger der europäischen Idee fast eine Utopie und zumindest eine wenig realistische Zukunftsmusik. Die verschiedenen Etappen des einige Jahre später von *Valéry Giscard d'Estaing* und *Helmut Schmidt* beförderten europäischen Währungssystems glichen oft eher einem Hindernislauf. Als schließlich konkret der Euro zum Diskussionsthema wurde, glaubte zunächst kaum jemand recht daran. Gehörte die Währung neben der Armee nicht zu den wichtigsten Säulen der Souveränität? Doch selbst das so nationalstolze Frankreich hat den Verzicht auf die Währungshoheit hingenommen. Allerdings bedeutet der scheinbare Souveränitätsverlust für Paris zugleich auch einen Souveränitätsgewinn, da man bis dahin von den Entscheidungen der Bundesbank abhängig gewesen war und in Zukunft über die Währung mitentscheiden konnte.

Die Verabschiedung einer von den Parlamenten oder den Völkern noch zu ratifizierenden Europäischen Verfassung durch den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs löste ähnliche Auseinandersetzungen aus wie im ersten Jahrzehnt des europäischen Einigungsprozesses. Damals setzte sich der markanteste Sprecher der Föderalisten und europäischen Maximalisten, der Italiener *Altiero Spinelli*, für eine gemeinsame po-

litische Organisation als logische Ergänzung der geplanten Europaarmee ein, während auf der Gegenseite die Nationalisten und Antieuropäer einen Schutzwall für die bedrohte nationale Souveränität errichten wollten. Dazwischen bemühten sich die europäischen Realisten um den schrittweisen Aufbau einer widerstandsfähigen Gemeinschaft. Gewiss, niemand hatte damit gerechnet, dass die Europäische Verfassung erst nach rund fünf Jahrzehnten aktuell sein werde. Heute zwingt sich aber allen kühlen Beobachtern die Erkenntnis auf, dass der Faktor Zeit eine erhebliche Rolle spielt und er durch keine Ungeduld beiseite zu drängen ist. Schließlich war auch die Verwirklichung der deutschen Einheit ein langer historischer Prozess mit vielen Etappen.

Trotz Kritik an der Verfassung: Kein Weg zurück

Inzwischen müssen sich die Euroskeptiker und Souveränisten klar darüber sein, dass es keinen Weg zurück gibt. Selbst, wenn in den kommenden Monaten die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags in dem einen oder anderen Partnerstaat scheitern sollte, müsste man wohl eine Periode der Stagnation in Kauf nehmen, aber das Erreichte würde nicht infrage gestellt. Die Euroskeptiker unterschätzen ganz erheblich das Ausmaß des oft schon zum selbstverständlichen Alltagsphänomen gewordenen nationalen Souveränitätsverzichts. Die Außenhandels- und Währungspolitik sind völlig der nationalen Souveränität entglitten. Die Gesetzkraft besitzenden europäischen Direktiven bestimmen in zunehmendem Maß die Industriepolitik (Normen, Konzentration, Kartellrecht usw.). Die nationalen Verfassungsgerichte erkennen die Priorität des europäischen Rechts gegenüber dem nationalen an.

Der französische Kassationsgerichtshof hat jüngst in einigen Entscheidungen darauf hingewiesen, dass er nunmehr auf Stellungnahmen des Europäischen Gerichtshofes – und übrigens auch des Straßburger Gerichtshofs für Menschenrechte – Rücksicht nehmen muss. Es mag als wenig erfreulich empfunden werden, dass die nationalen Regierungen gelegentlich versuchen, sich den europäischen Regeln zu entziehen, und dass sie die verabschiedeten europäischen Direktiven nur sehr langsam in nationales Recht umsetzen, diese Verzögerungstaktik ändert aber nur wenig am Gang der Dinge.

Was schließlich die Klage linker Euroskeptiker über das angebliche Sozialdefizit betrifft, beschränkt sie sich weitgehend auf Frankreich. Dessen Sozialisten fühlen sich immer noch zu einem Kreuzzug gegen den Liberalismus verpflichtet, wobei sie vor allem dem Dirigismus, der Staatswirtschaft und dem Protektionismus treu bleiben wollen. Sie übersehen zudem völlig, dass die Mitglieder der Europäischen Union gemeinsam und national über das beste soziale Schutznetz der Welt verfügen. Natürlich ist im europäischen Bereich von den Institutionen über die Harmonisierung des Rechts bis zur Außen- und Verteidigungspolitik alles noch verbesserungsfähig und -würdig, aber die erreichte gegenseitige Verflechtung und Verschmelzung ist beachtlich und nach menschlichem Ermessen endgültig. Kein Euroskeptiker wird daran etwas ändern können. Aber gleichzeitig sollten die europäischen Idealisten und Realisten Verständnis dafür aufbringen, das es mehr als eines halben Jahrhunderts bedarf, um die oft erst nach längeren Fristen und schweren Kämpfen entstandenen Nationalstaaten an die Ambitionen und Zwänge einer Europäischen Union zu gewöhnen, die auf dem internationalen Parkett als mächtige Einheit auftreten will.